

Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Tafelstr. 11, durch die Zweigstellen, Magdeburgerstr. 10, durch die Buchhandlung „Kunst und Technik“, Marktstr. 10, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 12 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten 10 Pf., Stellengesuche, Verträge, Verammlungen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Zehn Jahre Sowjet-Union.

Von Paul Löbe.

Mit dem folgenden Aufsatz nimmt Genosse Löbe, der zu unserer Freude seine schwere Krankheit überwunden hat und in diesen Tagen einen Erholungsurlaub antritt, die Mitarbeit an der „Volkswacht“ bereits wieder auf. Red.

Im Oktober 1917 sind zehn Jahre verflossen, seit das bolschewistische Regiment in Rußland die kurze Periode der bürgerlich-demokratischen Kerenski-Regierung ablöste — die Sowjet-Union vollendet also binnen kurzem ihr zehnjähriges Bestehen. Langsam beginnen sich die Nebel zu lichten, die lange Jahre über der Entwicklung des Riesereichs lagen, und die zuverlässige Beurteilung der dortigen Zustände wird auch dem Fernstehenden eher möglich. Kein Zweifel, daß sich die Wirtschaft des Landes nunmehr nach manchem verfehltem Experiment in aufsteigender Entwicklung befindet, daß auch drüben Kriegs- und Revolutionswehen zum Teil überwunden und einer systematischen Ausgestaltung der Produktion, des Handels, des Verkehrs, gemichen sind, die teilweise neue Bahnen beschreiten. Kein Zweifel auch, daß es bei aller kritischen Stellungnahme ein für den Sozialismus höchwichtiges Experiment ist, das in Rußland übernommen wurde, daß in den Fragen des Außenhandels, der Staatsmonopole wichtige Erfahrungen gemacht, in der Verbreitung von Volks- und Schulbildung, in der Kinderfürsorge, im bürgerlichen und Ehrerecht Fortschritte nicht nur gegenüber dem alten zaristischen Rußland gemacht sind. Auch das Selbstbewußtsein gewisser Arbeiterkreise ist gestiegen, die kommunistische Minderheit des Volkes zeigt eine erstaunliche Aktivität, der freilich noch die hemmende Trägheit der riesigen Bauernmajorität gegenüber steht. Um einen Ueberblick über den derzeitigen Stand der russischen Entwicklung zu geben, hat die von kommunistischer Seite herausgegebene Zeitschrift „Das neue Rußland“ soeben eine Festnummer erscheinen lassen, an deren Spitze der Sowjet-Botschafter in Berlin, Herr Krestinski, und der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodowski-Rankau, Beiträge geliefert haben. Eine große Zahl russischer und deutscher Mitarbeiter geben sich in diesem Heft ein Stelldichein, um ein möglichst getreues Bild der gegenwärtigen russischen Zustände zu entwerfen. Dieses Bild weicht erheblich ab von dem, was antibolschewistische Fanatiker über den noch immer andauernden Verfall Rußlands behaupten, aber es weicht auch ab von der Schönfärberei und Verhimmelung, mit der unsere deutschen Kommunisten die Verhältnisse in Rußland schildern. Am gründlichsten zeigt wohl Professor E. Barga, der kommunistische Wirtschaftler an der Russischen Handelsdelegation in Berlin, die tatsächlichen Verhältnisse.

Worunter leiden wir in Deutschland? Was beklagt der deutsche Arbeiter, wenn er über die Mängel der gegenwärtigen Entwicklung nachdenkt? Arbeitslosigkeit, Teuerung, niedrige Löhne, mangelhafte soziale Fürsorge und als Gegenstück dazu besteht dann der Kapitalmangel in der Wirtschaft. Alle diese Mängel sind in gleichem Maße in der Sowjet-Union vorhanden, weil sie eben ein Charakteristikum der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung in der alten Welt überhaupt sind. Ueber das Problem der Arbeitslosigkeit in Rußland schreibt Herr Barga:

„Es gibt in der Sowjet-Union eine starke Arbeitslosigkeit infolge des durch die natürliche Volksvermehrung auf dem Lande verursachten Zustroms der jüngeren Generation in die Städte. Infolge des Kapitalmangels ist es nicht möglich, die Industrie in einem so raschen Tempo zu entwickeln, um alle diese Arbeitskräfte aufzunehmen. Die Sowjet-Union verliert jetzt, durch die Entwicklung der intensiven, mehr Arbeit erfordernden landwirtschaftlichen Kulturen: Zuckerrüben, Leguminosen, Getreide usw., für diese Arbeitskräfte in der Landwirtschaft selbst lohnende Beschäftigung zu finden.“

Auch mit den Preisen steht es nicht günstiger als bei uns. Herr Barga schildert das in folgender Weise: „Die Anstrengungen der Regierung der Sowjet-Union gehen jetzt dahin, durch Verbilligung der Produktionskosten in der Industrie die Großhandelspreise zu senken; andererseits durch den Ausbau der genossenschaftlichen Verteilungs-Organisationen die Kleinhandelspreise zu senken. Während aber die Großhandelspreise seit 5 Monaten eine sinkende Tendenz zeigen, ist dies bei den Kleinhandelspreisen nur in ganz geringem Maße der Fall.“

Die Ursache liegt darin, daß infolge des wachsenden Wohlstandes der Bauernschaft das Angebot an bäuerlichen Industriewaren die Nachfrage nicht voll befriedigen kann. Daher nähern sich die Kleinhändler, in deren Händen die Warenverteilung im kleinen zum Teil noch liegt, aber auch Genossenschaften diese Situation an, um starke Profite zu realisieren. Obwohl die Industrie und die Großhandels-Organisationen staatliche Institutionen sind, so ist ihr Eigenleben, ihr Bestreben, ihr eigenes Unternehmen wirtschaftlich und finanziell in die Höhe zu bringen, stark genug, um diese Gelegen-

heit zu großen Profiten nicht vorübergehen zu lassen. Die Regierung übt daher gerade gegenwärtig einen außerordentlich starken Druck auf alle staatlichen Unternehmungen aus, um dieselben zu einer Herabsetzung der Preise und zu einer Verbilligung der Produktion zu zwingen.“

Stärker als bei uns noch beklagt man das Uebergewicht und das Hindernis der kostspieligen Bürokratie bei der Besserung dieser Verhältnisse. Herr Barga sagt darüber das Folgende:

„Damit hängt auch das Problem der Bürokratie unmittelbar zusammen. Es ist selbstverständlich, daß die durch die hohen Preise der Industriewaren und die hohen Gewinne der Handelsorganisationen verursachte günstige Lage diesen Organisationen einen gewissen Konservatismus in bezug auf den Abbau überflüssiger Beamten einimpft. Dies bedeutet volkswirtschaftlich eine unproduktive Vergeudung von Arbeitskraft, zugleich eine Verlangsamung des Umschlages des Kapitals: beides Nachteile, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkte energisch bekämpft werden müssen.“

Daneben entsteht doch eine Menge neuen privaten Reichtums und eine Kapitalsansammlung, die teils in den Händen der staatlichen Trusts, teils aber auch wieder in den Händen von Privaten vor sich geht. Die jährliche Kapitalsansammlung des Reiches selbst beziffert Herr Barga auf 2,4 Milliarden Mark für Neubauten aller Art und sagt dann:

„Neben dieser im Staatsbudget ausgewiesenen Akkumulation (Ansammlung) vollzieht sich aber noch eine Akkumulation der einzelnen staatlichen Wirtschaftsorgane außerhalb des Budgets, eine dem wachsenden Auge der Finanzämter mehr oder minder entzogene innere Akkumulation in den Trusts und den einzelnen Staatsunternehmungen in Form von nicht im Staatsplan vorgesehenen Bauten, Erweiterungen, Vermehrung der Rohstoffe und Warenvorräte usw. Es entspricht dies den „Stillen Reserven“ der kapitalistischen Unternehmungen.“

Ueber den wachsenden Bauernreichtum schreibt Barga:

„Es vollzieht sich außerdem eine starke Akkumulation in den 20 Millionen bäuerlichen Einzelwirtschaften in Form der Vermehrung des Viehstandes, der Ausdehnung der bebauten Fläche usw.“

Er schätzt die Menge der wirtschaftlichen Kapitalsansammlung auf 2 Milliarden Mark und läßt sich dann auch über die bourgeoise Kapitalsbildung aus:

„Endlich eine Akkumulation des privaten Kapitals, deren Höhe sehr schwer abzuschätzen ist: die Schätzungen schwanken zwischen 225 und 800 Millionen Mark.“

Trotz dieser vierfachen Kapitalsbildung herrscht auch drüben noch Kapitalmangel in erheblichem Umfange, und er verhindert es, erstens, den Reichtum des Landes auserschöpfen, und zweitens, der Arbeiterschaft und den Bauern eine höhere Existenzmöglichkeit zu geben. Barga gesteht das offen ein:

„Die Wirtschaft der Sowjet-Union hat daher ständig mit einem Mangel an Produktionsmitteln, mit einem Mangel an Kapital“, zu kämpfen. Dieser Mangel verhindert es, die gewaltigen Naturkräfte des Reichs voll auszunutzen. Er zwingt dazu, eine rasche Akkumulation auf Kosten des laufenden Verbrauchs zu tätigen; er nimmt der Arbeiterschaft und der Bauernschaft vorläufig die Möglichkeit, aus den Erzeugnissen der sozialistischen Revolution einen bedeutenden materiellen Nutzen zu ziehen.“

Das also ist das Resultat der bisherigen Entwicklung nach eigenem Zeugnis der Bolschewisten! Die Produktion Rußlands hebt sich, die Kohlen- und Desfordernung nimmt zu, die Bahnen fahren wieder regelmäßig, große Wasserbau- und Elektrifizierungsprojekte sind geplant oder in Angriff genommen, die Volksbildung macht Fortschritte, — von dem politischen Terror gegen Andersdenkende will ich in diesem Zusammenhang nicht sprechen — aber alles das genügt angesichts der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse nicht, die materielle Lage der Arbeiter und Bauern zufriedener zu gestalten. Beide bleiben hinter den Verhältnissen in Deutschland noch weit zurück. Kein objektiver Beurteiler, der aus Rußland zurückkehrt, bestreitet den allmählichen Aufstieg, keiner aber bestreitet auch, daß sowohl der Reallohn der Arbeiter wie der Beschäftigungsgrad hinter den deutschen Verhältnissen noch weit zurückliegt. Ob die Hoffnungen für die Zukunft sich verwirklichen werden, die man drüben so reichlich hegt, muß erst die weitere Entwicklung lehren. Erfüllen sie sich, was wir nur wünschen können, dann werden die deutsche Arbeiterklasse und die deutschen Sozialisten die ersten sein, die ihre Folgerungen daraus ziehen. Vorläufig aber sind die Resultate nicht so, als daß sich für uns, für das von ausländischer Zufuhr abhängige Industrieland, die Nachahmung solcher Experimente empfehlen würde.

Um Mehlzoll und Arbeitszeitgesetz.

Das deutsch-französische Handelsprovisorium angenommen. Verbesserungsanträge in der Arbeitszeitfrage abgelehnt.

Im Reichstag gab es gestern zwei handelspolitische Entscheidungen, von denen die eine zu den wichtigsten der deutschen Wirtschaftspolitik überhaupt gehört. Zunächst wurde ohne Kampf die Reichsgarantie für den deutschen Export nach der Sowjetunion beschlossen, die hoffentlich die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen beleben wird. Dann wurde mit Recht weit heftiger der provisorische Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich umstritten. Für die Notwendigkeit eines solchen Vertrages ist niemand früher eingetreten als die deutschen und die französischen Sozialisten. Der Inhalt den das Vertragsprovisorium aber unter der deutschen Bürgerblockregierung und dem französischen Kabinett Poincaré bekommen hat, bedeutet Förderung nur für den Export einiger deutscher Großindustrien, die durch starke Organisationen politischen Einfluß erzielt haben (Farbenindustrie, Elektro-Unternehmungen). Auf die direkten Abmachungen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie mit ihrer französischen Konkurrenz wird selbstverständlich gebührend Rücksicht genommen, und im übrigen erhalten durch diesen gegen die Linke angenommenen Handelsvertrag die deutschen Agrarier und die deutschen Großmühlen — nicht nur gegenüber Frankreich — einen erhöhten Mehlzoll, der den breiten Massen der deutschen Verbraucher neue Brotpreiserhöhungen bringen wird. In dieser Richtung läuft nun einmal die ganze Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks: auch der sozialdemokratische Antrag auf vorübergehende Nichterhöhung der Roggenzölle fand Gegenliebe bei keiner einzigen bürgerlichen Partei — nicht einmal bei den Demokraten, die die Hoffnung auf Stimmengewinnung auch bei Roggen verkaufenden Landwirten nicht aufgeben wollen.

Der Verteuerung der Lebenshaltung folgte die Verlängerung der Arbeitszeit. Alle sozial-

demokratischen Verbesserungsanträge zum Arbeitszeitgesetz, alle Hinweise auf die Lücken und Mängel dieser Bürgerblockvorlage durch unsere auf diesem Gebiet besonders erfahrenen Redner aus den Gewerkschaften blieben wirkungslos. Der Bürgerblock will heute dieses „Notgesetz“, das für die Arbeiterschaft wirklich Not durch Mehrarbeit für die einen und Arbeitslosigkeit für die anderen bringen wird, in dritter Lesung zur Verabschiedung bringen! — m.

Zuerst wird der in Gesetzform eingebrachte Antrag der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei beraten, wonach der Restlosgarantien des Reiches für Viehzuchtsgeschäfte nach der Sowjet-Union bis zum Höchstbetrage von 23½ Millionen übernommen werden soll.

Auf Anfrage des Abg. Fried (Natio.) erwidert Wirtschaftsminister Dr. Curtius, daß die Ausfallsbürgschaften, die hier neu übernommen werden sollten, mit der „Molog“ nichts zu tun hätten. — Der Antrag wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das deutsch-französische Abkommen über die Unterhaltung der Saargrenze wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen. — Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Abg. Behrens (Nat.): Unter dem Vorwurf, ich hätte es als Ausschußmitglied an der notwendigen Objektivität fehlen lassen, hat man gestern das Zündholzgesetz an den Ausschuß zurückverwiesen. Der Vorwurf hat sich heute im Ausschuß als völlig falsch herausgestellt. (Lebhafter Widerspruch links. Rufe: Der Ausschuß hat ja gar keinen Beschluß gefaßt!) Im Ausschuß hatte niemand daren Anstoß genommen, daß mir die Berichterstattung übertragen wurde. Im Ausschuß hat niemand die Objektivität des Berichts angezweifelt. Der Redner wiederholt dann seine an anderer Stelle wiedergegebene Erklärung im Ausschuß.

Der Vorsitzende des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, Abg. Simon-Franken (Soj.), stellt fest, daß er selbst im Ausschuß erklart habe, wenn er die Zusammenhänge, die Abg. Fried gestern im Plenum mitgeteilt habe, vorher gekannt hätte, würde er die schwersten Bedenken gegen die Erneuerung des Abg. Behrens als Berichterstatter erhoben haben. (Lachen rechts.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Dr. Frid hat mir im Anschluß an die „Mologa“-Angelegenheit den Vorwurf parlamentarischer politischer Korruption gemacht. (Abg. v. Graf v. Goltz.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius: Die Frage des Abg. Dr. Wirth kann ich verneinen, soweit ich selbst, mein Amtsbereich und mein Wissen in Frage kommt. (Hört! Hört! links.)

Hierauf wird eine Entschliessung des Reichstages angenommen, nach Rückzahlung der Abwicklungskosten der baldigen Entlassung der Landwirtschaft von der Rentenbankgrundschuld auf eine Bereitstellung hierfür geeigneter Mittel bei der Rentenbank-Kreditanstalt in Betracht zu nehmen.

Nach einer Pause wird das Handelsprovisorium mit Frankreich beraten. Namens der Regierungsparteien erklärt

Abg. v. Guérard (Ztr.),

das Abkommen habe bei allen Regierungsparteien lebhafteste Bedenken hervorgerufen, weil die Regierung Zugeständnisse für die Weltmärkte gemacht habe, die bei einem Provisorium nicht gemacht werden dürften und den Abschluß eines endgültigen Vertrages erschweren. Sogar die Kontingenterung der Einfuhr sei weggefallen. Auch der Schutz des Gemüses und Obstbaues sei durchlöcherig. Ebenso wenig erfreulich sei das Provisorium für die deutsche Industrie. Sie brauche eine Stabilisierung der Handelsbeziehungen. Die französischen Zugeständnisse beschränkten sich zudem im wesentlichen auf die Maschinen- und Elektroindustrie. Leber-, Eisen- und Stahlindustrie seien unberücksichtigt geblieben. Auch habe keinerlei Bindung der französischen Zollsätze erreicht werden können. Wenn sich die Regierungsparteien trotzdem entschlossen hätten (Mahl und Rachen links), dem Abkommen zuzustimmen, so gehe das nur in der Erwartung (Zuruf links: des Kontors) — Schallendes Heiterkeit, daß ein die deutschen Interessen genügend berücksichtigender, langfristiger endgültiger Handelsvertrag auf der Grundlage gegenseitiger Meistbegünstigung abgeschlossen werden würde. Die Regierungsparteien erklären schon heute, daß sie der weiteren Einfuhr französischer Weine zu den ermäßigten Zollhöhen des deutsch-italienischen und spanischen Zollvertrages nicht zustimmen werden, und daß sie einer Herabsetzung der Zölle unter die mit Italien und Spanien vereinbarten Sätze in keinem Fall ihre Zustimmung geben können.

Abg. Hilferding (Soz.):

Als ich die Erklärung des Herrn v. Guérard hörte, dachte ich, er würde mit dem Rufe schließen: Nieder die Regierung! Wir wären gern bereit gewesen, dem zuzustimmen. (Heiterkeit und Zurufe vom Zentrum.) Die Verantwortung für das Zustandekommen der Gehebe trägt nicht nur die Regierung, sondern die Majorität des Hauses. (Zustimmung links.) Durch ihre Entscheidung nehmen die Koalitionsparteien die Verantwortung für dieses Provisorium auf sich. Davon kann sie keine Regierungserklärung entbinden. (Sehr wahr! links.) Der folgende Handelsvertrag, der sich durch seine vielen Mängel auszeichnet, wäre nicht möglich, wenn wir einen Zustand der freien Konkurrenz hätten. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Bei diesem Zustand der Kartellierung und Vertikalisierung konnte dieses Handelsprovisorium Wirklichkeit werden. Es ist vom Reichverband der Industrie gefordert worden, daß bei der Industrie im Grunde nur die technische Industrie berücksichtigt werden ist, während die Verflechtung der gesamten Fertigwarenindustrie zu kurz gekommen ist. Das scheint mir eine Folge der Verteilung der sozialen Machtverhältnisse innerhalb unserer Industrie zu sein. Wenn die Fertigindustrie sich beschweren will, dann soll sie ihren Einfluß auch in der Politik zur Geltung bringen. (Sehr wahr! links.)

Zur Weinfrage hat meine Partei wiederholt den Standpunkt vertreten, daß es bei der großen Not der Winzer notwendig ist, mit staatlichen Maßnahmen einzugreifen. Wir haben auch den Kredit, die Feinerkeit für die Winzer beschlössen worden sind, zugestimmt. Wir sind auch bereit, über alle Maßnahmen, die einer wirklichen Verbesserung des deutschen Weinbaues dienen könnten, zu beraten. Unmöglich aber ist, daß wir die Interessen unserer ganzen Export- und Importindustrie, von der der Beschäftigungsgrad und die Entlohnung des größten Teiles der deutschen Arbeiter abhängen, den Winzerinteressen vollständig opfern. (Zustimmung h. d. Soz.) Der Zoll nützt den Winzern nichts. Die Unbestimmtheit des internationalen, des spanischen und nordafrikanischen Weinbaues beruht nicht auf irgend welchen Unterschieden der Produktionskosten, sondern auf dem viel günstigeren südlichen Klima. Der Winzer kann also nicht gefoltert werden, indem man auf den schlechtesten Weinböden den Weinbau erhält, sondern eine dauernde Hilfe kann nur durch eine Umgruppierung der Produktion erfolgen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Die deutsch-nationale Agitation hat den Winzern versprochen, bei den künftigen Zollverhandlungen ihre Interessen zu wahren. Heute werden Bestimmungen angenommen, die nach der Meinung der Winzer für sie außerordentlich verderblich sind. In einer württembergischen Zeitung steht der deutsch-nationale Abgeordnete Haag auseinander, daß die

Deutschnationalen dieses Provisorium nicht wollen. Zum Schluß seines Artikels fordert Herr Haag zur Wiederholung der Vorgänge von Berncastel auf, er fordere als deutsch-nationale Mitglied der Regierungskoalition zu Gewalttätigkeiten gegen diese Regierung der Herren Schiele, Hergt, v. Reußell usw. auf. (Heiterkeit und Zurufe bei den Soz.) Wir werden bei der namentlichen Abstimmung konstatieren können, wie der Abgeordnete Haag stimmen wird.

Für uns kommt bei unserer Stellungnahme folgender Punkt in Betracht. Zum ersten Mal wird in diesem Provisorium die Spanne zwischen Getreidezoll und Mehlzoll, die bisher nie höher war als 5 Mark, erhöht. Diese Erhöhung fällt zusammen mit einer zunehmenden Kartellierung und Vertikalisierung der deutschen Mühlindustrie, d. h. mit der Fähigkeit der deutschen Mühlindustrie, um den ganzen Betrag der Zollerhöhung auch den Mehlpreis zu erhöhen. Eine sofort eintretende Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel ist die Folge dieses Provisoriums.

Einer solchen Handelspolitik werden wir in schärfster Opposition gegenüberstehen. Wir lehnen das Provisorium ab, wir machen wahr, was der erste Teil der Erklärung des Herrn von Guérard im Namen der Regierungsparteien gesagt hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Guérard hat heute ausgesprochen, daß die Regierungsparteien bei allen künftigen Ausstellungen mit Frankreich ein Kontingent der Franzosen nicht einräumen werden. Ist diese Erklärung wirklich zu nehmen, so würde das eine Verschlechterung für die Winzer bedeuten, denn wenn sie das Kontingent weglassen, so würde das bedeuten, daß französische Weine unbeschränkt zu Meistbegünstigungsätzen herein kommen können. Glücklicherweise ist diese Erklärung nicht sehr klar, sie würde heute schon die ganzen künftigen Handelsvertragsverhandlungen festlegen.

Der Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich ist der wichtigste abzuschließende Vertrag. Ihm könnte für die Gesamtgestaltung der europäischen Handelspolitik dieselbe Bedeutung zukommen, wie sie der berühmte Cobden-Vertrag zwischen England und Frankreich vom Jahre 1860 für die gesamte Handelspolitik gewonnen hat. Durch dieses Provisorium aber stoßen Sie alle agrarischen Kreise in Frankreich ab, die Kreise, die am härtesten dazu drängen, daß der deutschen Industrie Zugeständnisse gemacht werden. Um den Abschluß des Internationalen Stahlartikels zu erreichen, haben Sie auch den Eisenzoll aus der Hand gegeben. Damit ist uns die wichtigste Kompensation auf industriellen Gebieten genommen. Angesichts dieser Tatsachen muß man den künftigen Handelsvertragsverhandlungen dieser Regierung mit dem größten Misstrauen entgegensehen. Andere ablehnende Haltung wird uns auch dadurch erleichtert, daß nach allen Erfahrungen eine vernünftige Gestaltung der Handelspolitik von dieser Regierung nicht zu erwarten ist. (Bravo! bei den Soz.) Unser Entschluß ist uns nicht leicht geworden. Es ist der erste Handelsvertrag seit den Capri-Vischen Verträgen, den die Sozialdemokratie ablehnt. Wir kommen dazu, um Sie zur politischen Verantwortung zu zwingen, um ihrem demagogischen Doppelspiel endlich ein Ende zu machen. Wir kommen zweitens dazu, weil wir es nicht verantworten können, einer Regelung zuzustimmen, die durch den Wertvoll die Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels bedeutet. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) meint, der Bürgerblock stelle Interessentenwünsche über die Interessen der Allgemeinheit und zerrütze die öffentliche Moral. Mithin lehnt dieses Provisorium von der Chemietrust und einige große Werte der Elektroindustrie. Abg. Hildebrandt (Dem.) lehnt den von den Sozialdemokraten verlangten Roggenzoll ab, weil damit die Suspendierung der Roggenzölle ab, weil damit angeht die geringen Vorzüge das Ziel nicht erreicht, die kleinen Landwirte aber heuchelt und geschädigt werden könnten. Er beantragt statt dessen die Aufhebung der Futtermittelzölle bis zum 30. Juni dieses Jahres.

Abg. Hoerne (Komm.) fordert nicht nur die vorübergehende, sondern die dauernde Freigabe jeder Lebensmittel einzuführen.

Abg. v. Graf v. Goltz (Bölk.) meint, daß die Annahme der Vorlage durchgekehrt werde von Stresemann Augustus, dem Arbeitermenschen der ganze Politik mache, und hinter dem doch, wie der Planener Prozeß zeige, wieder andere internationale Kapitalmächte ständen. Vizepräsident Ester ruft den Redner wegen der Ausdrücke „Arbeitermenschen“ und „Größenwahn“, die von Dr. Stresemann gemüht waren, zur Ordnung.

Abg. v. Reusch (Duar.) erhebt auf Grund des Ausschusses beschlusses die Anträge auf Suspendierung der Roggen- und Futtermittelzölle abzulehnen, da sie kühnede Handelsvertragsverhandlungen föhren würden.

Das Provisorium wird in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 193 Stimmen, bei 20 Enthaltungen, angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Suspendierung der Roggenzölle wird von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Es folgt die

zweite Beratung des Arbeitszeit-Gesetzes.

Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.) gibt im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, die eine Zustimmung zu der Vorlage zum Ausdruck bringt. Sie enthält einige

wesentliche Verbesserungen der bisherigen Verhältnisse; die endgültige Regelung der Arbeitszeitfrage müsse beim Arbeiterschutzgesetz erfolgen.

Abg. Grotewohl (Soz.):

Die Regierungsparteien wollen nichts von den Forderungen erfüllen, die die Arbeiterorganisationen aufgestellt haben. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem noch einmal ihre im Ausschusse abgelehnten Entwürfe einbringe, so tue sie das, um den Massen zu zeigen, wohin der Weg des Bürgerblocks geht. Durch die jetzige Vorlage werde den Arbeitnehmern im § 3 das Recht gegeben, in gewissen Betrieben regelmäßig die Arbeitszeit zu verlängern. Gegen den zu erwartenden Mißbrauch dieses Paragraphen sei die Arbeiterschaft in keiner Weise geschützt, denn bisher schon sei die Anrufung der Betriebsvertretung unter dem brutalen Druck der Unternehmer häufig nur eine Farce geblieben. Daran werde sich künftig nur wenig ändern. Die Sozialdemokratie fordere, daß die Arbeitszeit auf acht Stunden festgesetzt und tarifliche Vereinbarungen innerhalb dieser Grenze sich bewegen müssen. Der erste Schritt zur Eindämmung der Erwerbslosigkeit müsse in der Befestigung der Heberstundenarbeit und in der Sicherung des Achtstundentages bestehen. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Florin (Komm.) führt aus, daß die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse den Klassenkampf charakterisieren, sie würden nur besser werden, wenn die Arbeiter revolutionären Kampf führen.

Abg. Bartsch (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, sie sei sich bewußt, daß eine volle Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften in diesem Augenblick nicht möglich wäre. Die Vorlage sei jedoch in mehreren Punkten außerordentlich bedenklich, namentlich, da sie auch die Heberstunden des Achtstundentages ermöglichte. Der Heberstundenzuschlag sei ein Fortschritt, aber die Überlastung der Entscheidung über die Höhe des Zuschlags an den Schlichter bringe ein Moment der Unruhe mit sich. Da die demokratischen Anträge abgelehnt worden seien, müßte die Fraktion der Vorlage ihre Zustimmung versagen.

Abg. Större (Nassov.) erklärt das Ueberstundenwesen und das Zweischichtsystem für eine Kulturkatastrophe. Die Revolutionsverordnungen seien sozialpolitische Fortschritte gewesen. Die Vorlage bringe Verbesserungen, aber die Nationalsozialisten beständen ebenfalls auf dem Achtstundentag, den Verbesserungsanträgen würden sie zustimmen.

Im ersten Abschnitt bleibt es unter Ablehnung aller Änderungen ansitzig bei der ursprünglichen Fassung, wonach die Behörden innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines Tarifvertrages keine längere als die Arbeitszeit des Tarifvertrages zulassen dürfen.

Die im Ausschusse hinzugefügte Bestimmung, daß nur ein Tarifvertrag Ueberstreckung der Arbeitszeit wegen erheblicher Arbeitsverbreitung zulassen dürfe, wird gegen die Stimmen der Linken und der Nationalsozialisten wieder gestrichen.

Abg. Hufhäuser (Soz.)

bekämpft den zweiten Abschnitt der Vorlage, der einen Zuschlag von 25 Prozent bei Ueberstunden vorschlägt. Besonders bedenklich sei es, daß der Zuschlag für jugendliche und für arbeitsbereite nicht gezahlt zu werden braucht. Außerdem hätten auch die Zentrumsexponenten im Ausschusse die Forderung abgelehnt, daß der Zuschlag „mindestens“ 25 Prozent betragen müsse. (Hört, hört! links.)

Abg. Florin (Komm.) fordert für besonders gefährdete Arbeiter den Siebenstundentag.

Abg. Hufhäuser (Soz.) schildert die Enttäuschung der Bergarbeiter darüber, daß sie bei Unterschreitung der tariflichen Arbeitszeit keinen Zuschlag bekommen sollen, weil für sie nicht der Acht-, sondern der Siebenstundentag gelte. Er beantragt, den Bergarbeitern schon über 7 Stunden den Zuschlag zu zahlen.

Abg. Stegerwald (Ztr.) erklärt, Ueberstundenzuschläge für Lehrlinge nicht für nötig, da diese ohnehin nur ein geringes Entgelt beziehen. (1.)

Ein sozialdemokratischer Antrag, im Bergbau schon für Arbeit über 7 Stunden Zuschläge zu zahlen, wird mit 200 gegen 168 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Freitag dritte Lesung der Gehebe.

Die Zerstörung der Ostbefestigungen.

Die Zerstörungsarbeiten an den aufgrund der Pariser Vereinbarungen zu beseitigenden Befestigungen an den deutschen Ostgrenzen sind, der „Täglichen Rundschau“ zufolge, in der letzten Zeit planmäßig weiter durchgeführt worden. Im Bereiche der Festung Glogau sind bis bereits fast völlig beendet, und in den letzten Tagen sind nunmehr auch bei Rüstern größere Sprengungen von betonierten Infanterieunterstützen erfolgt. Ebensowenig sind Zerstörungsarbeiten im Bereich der Festung Königsberg in vollem Gange, so daß innerhalb der vorgeschriebenen Zeit diejenigen Befestigungen, auf deren Befestigung die Entente besteht, und die die Bürgerblock-Regierung zugestanden hat, niedergelegt sein werden.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.

Autorisierte Uebersetzung von Kathilde Wertheimer.

71]

„Ich glaubte, mich hätte der Schlag getroffen bei diesen Worten. Selbstredend habe ich keinen Stammbaum nicht gekannt, ehe er ihn nicht selbst eingetauscht. Hallo, jagte ich mir in diesem Augenblick, das muß Rosenbaum sein. (Ich war dabei auch gab ihm diesen Hint,“ flüsternte Blattie seinem Chef ins Ohr.) Also sprach ich zu ihm: „Joan Rosenbaum, Sie sind entlarvt. Sie tun besser daran, mein Sohn, ein aufrichtiges Geständnis abzulegen. Ein Reichtums, was?“ Der General blinnte festbewacht auf seine Zuhörer.

Wilson wandte sich an Blattie. „Sie waren anwesend, nicht wahr, Blattie?“

„Den Kerl total übertrumpft“, fuhr Bunter fort. „Er gestand also, Rosenbaum zu sein, aber er beharrte auf seiner Unschuld. Gedachte da faule Ausreden, wie, daß nach gegen seine lommunistischen Grundzüge verstoße, so ne Frechheit, wo doch jedes Kind weiß, daß alle Kommunisten Mörder sind.“

„Ich muß sofort Rosenbaum sprechen“, fiel Wilson General Bunter ins Wort.

„Das sollen Sie, Wilson das sollen Sie. Er ist schon fällig jetzt. Ich habe nach diesem Cuipepper geküßt damit er ihn identifiziert. So viel ich mich entsinnen kann, hat ihn dieser doch in Hotel gesehen.“

„Ja, er behauptet es wenigstens“, sagte Wilson. „Aber, es wird ich zu zeigen.“

„Inspektor Blattie fuhr dazwischen. Ich veranlaßte, daß der Korridor von Sugdens Hotel in einer halben Stunde hierher kommt und Mr. Cuipepper eine Viertelstunde später. Jedoch wissen beide nicht, warum sie vorzelen sind.“

„Ah ja, Sie veranlaßten das, nicht wahr?“ erwiderte Wilson.

„Auf meine Veranlassung geschah das“, widersprach Bunter. „Er ist mein Gefangener.“

„Wir wollen uns nicht um ihn kümmern“, meinte Wilson. „Es fliehe an die Tür. Kommt er jetzt?“

Bunter brüllte „Herein!“ und der Gefangene trat, von zwei Wächtern flankiert, ein. Es war ein großer Mann mit dachsteinem Haar, dessen Augen mit der von Mr. Cuipepper und dem Hotelpersonal Sugdens gemachten Beschreibung übereinstimmte.

„Wollen Sie Fragen an ihn stellen?“ erkundigte sich Bunter bei Wilson.

„Wenn Sie gestatten, ja“, entgegnete Wilson. „So viel ich höre, heißen Sie Joan Rosenbaum?“

Der Gefangene erwiderte trotzig: „Ja.“

„Sie sind ein Moskauer Agent, nicht das?“

Der Gefangene verweigerte die Antwort.

„Sie trafen am 17. November vergangenen Jahres in Begleitung Mr. Hugh Kablets in Sugdens Hotel ein?“

Der Gefangene lachte plöglich auf. „Das ist eine Frage, eine ganz gemeine Verleumdung ist das. Ich bin niemals in meinem Leben in Sugdens Hotel gewesen. Ich war in Gesellschaft Mr. Kablets, aber auf dem Schiff. Wir sind gemeinsam von Ostende nach England gefahren, das stimmt. Aber alles andere ist erlogen, Verleumdung, ganz gemeine Verleumdung. Ah, es ist einfach niederträchtig.“

„Nicht so häufig, Herr Rosenbaum. Sie geben also zu, daß Sie Mr. Kablett nach England begleitet haben?“

„Nach England, ja. Ich bin auf keine Einladung hin mit ihm gefahren. Aber in Dover, meine Herren, haben wir uns getrennt. Ich sah ihn nicht mehr. Ich höre nichts mehr von ihm, bis ich in Ihren Zeitungen las, daß er — wie nennen Sie das doch gleich — „meuchlings“ ermordet wurde.“

„Ja, beim Teufel, und Sie haben ihn umgebracht“, fuhr Bunter dazwischen.

Rosenbaum lachte laut mitteilend über Bunter und wandte sich an Wilson. „Der Kommandant“, sagte er, „ich kann diesem Kerl kein Verhör abverlangen. Es ist absurd. Ich bin ein Kommunist — wie Sie sagen, Bolschewik. Ich besitze, daß ich noch darauf hin, aber sollte es Ihnen vielleicht unbekannt sein, daß Meuchelmord gegen die Grundzüge meiner Partei verstoße?“

„Sollten Sie sich irrtümlich für einen Meuchelmörder halten?“

„Nein“, sagte er, „ich bin ein Kommunist, meine Herren.“

„Was quastelt der Bursche da?“ fragte Bunter. „Jedermann weiß doch, daß alle Kommunisten Mörder sind, wenn schon nicht Schlimmeres. Los, mein Sohn, Sie tun besser daran, ein Geständnis abzulegen. Sie kommen ja hier vor Gericht.“

„Ich verachte ihre Gerichte. Sie beleidigen meine Partei — Sie beschimpfen die Revolution. Ich werde gegen Sie kämpfen, ja. Ich werde Sie im Kriege töten, den Sie gegen unsere Sowjets führen. Aber ich werde Sie nicht ermorden. Mord — Meuchelmord — ist Narrenium.“

„Verzeihung, Herr Rosenbaum“, fiel Wilson ein. „Ich unterbreche nur widerwillig Ihren interessanten Vortrag, aber die Pflicht ruft. Sie kamen mit Mr. Kablett, wie Sie sagen, nach England, und wohnten mit ihm in Sugdens Hotel. Stimmt das?“

„Nein, das stimmt nicht. Sollte ich es Ihnen nicht schon gesagt haben? Ich bin mit Mr. Kablett lediglich auf dem Schiff gereist. Ich habe ihn in Moskau kennen gelernt. Er hat sich mir angeboten, mein Gepäck mit dem seinigen kontrollieren zu lassen. Wir hatten beschlossen, zusammen zu reisen. Aber in Dover trennte ich mich von ihm. Ich vermute, daß er ihn nicht mehr gesehen habe. Ich habe Sugdens Hotel niemals betreten, das kann ich beweisen. Das Ganze ist eine niederträchtige, bürgerliche Machenschaft.“

„Sie behaupten also, mit Mr. Kablett vereinbart zu haben, mit ihm zu reisen. Wo haben Sie ihn getroffen?“

„Ich habe ihn in Ostende getroffen. Ich wollte nach England fahren, und er wollte mit mir dabei zu helfen, indem er mich als seinen Sekretär mitnahm. Ich hatte ihn vorher in Moskau und Paris getroffen, wo ich mich damals aufhielt, und sollte ihn in Ostende erwarten.“

„Wo, Sie reisten mit ihm auf dem Schiff. Wann trennten Sie sich von ihm?“

„Gleich, nachdem mein Gepäck revidiert war. Ich nahm den Zug nach Croodon, wo mich ein Freund erwartete. Mr. Kablett fuhr direkt nach London. Ich habe ihn nicht wieder gesehen.“

„Sie behaupten, dies beweisen zu können, wie?“

„Mit Hilfe meiner Freunde, bei denen ich die Nacht in Croodon verbrachte.“

„Woju unterhalten Sie sich mit dem Burschen, Wilson?“ fiel Bunter ein. „Er wird sich ins Fräulein lachen, wenn ihm die anderen Kerle sein Bild ausstellen.“

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Behrens wußte nicht, wer seine Geldgeber waren!

In der Donnerstagssitzung des Reichstages wurde der deutsch-nationale Abg. Behrens die am Tage zuvor im Plenum von Heinig behauptete Verbindung mit dem Schwedentrust Punkt für Punkt zugeben. Behrens versuchte nur eine schwache Entschuldigung. Er erklärte, daß ihm die Verbindung der Preussischen Hypothekendarstellung mit dem Schwedentrust nicht bekannt gewesen sei, wie er auch nichts von der Verbindung der Norddeutschen Ländholzwirtschaft mit dem Schwedentrust, von der die Spähen vom Dache pfeifen, während seiner Ausschusssitzung in dieser Gesellschaft gewußt haben will. Abg. Heinig (Soz.) konnte darauf hinweisen, daß in verschiedenen Generalversammlungen und Ausschusssitzungen der Preussischen Hypothekendarstellung wurde, die Mehrheit des Kapitals sei auf den Schwedentrust übergegangen. Der deutsch-nationale Behrens vermochte tatsächlich seine Anwesenheit in den fraglichen Sitzungen nicht zu leugnen. Von den Bekanntmachungen will er aber keine Kenntnis genommen haben, „weil er nicht genau hingehört habe“.

Der Fall Behrens-Swedentrust ist vor allem dadurch charakteristisch, daß hier ein Angehöriger derjenigen Partei, die immer wieder das Interesse der nationalen Produktion und die Wahrung der Selbstständigkeit der deutschen Wirtschaft betont, in einem der größten privaten Monopole der Welt sitzt, der auf Grund des Sperrgesetzes ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft überreignet werden soll. Diese Leute können ein Staatsmonopol, das allein der deutschen Ländwarenindustrie helfen kann, ab — und beziehen in Tantiemen vom Schwedentrust, der mit Hilfe von englischen und holländischen Kapital die deutsche Ländwarenindustrie monopolisiert und aus seinen ausländischen Filialen 15 Prozent Dividende herausquillt. Eigenständig wird der Fall Behrens-Swedentrust auch noch dadurch, daß Behrens, der den Ausschussbericht über das Ländholzwirtschaftsgesetz ausgearbeitet hat, gar nicht dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss angehört. Er hat sich, um den Bericht abzufassen, regelrecht in den Volkswirtschaftlichen Ausschuss hineingeschlichen.

Die Hauszinssteuer im Landtag angenommen.

Der Preussische Landtag erledigte am Donnerstag eine sehr umfangreiche Tagesordnung. Zunächst wurden dem Hauptausschuß eine Reihe von Kreditvorlagen überwiesen, die der Förderung der Bautätigkeit, zur Verbesserung von Arbeiterwohnungen der Staatsdomänen, zur Urbarmachung staatlicher Moore in Ostpreußen und für Bodenverbesserungsarbeiten auf staatlichen Domänen dienen sollen. In allen drei Vorlagen wurde eine Novelle zum Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetz verabschiedet, die das Diätariat der Junglehrer abkürzt und in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über Erhöhung des Dienstvertrags der Gewerbe- und Handlungsschullehrer angenommen.

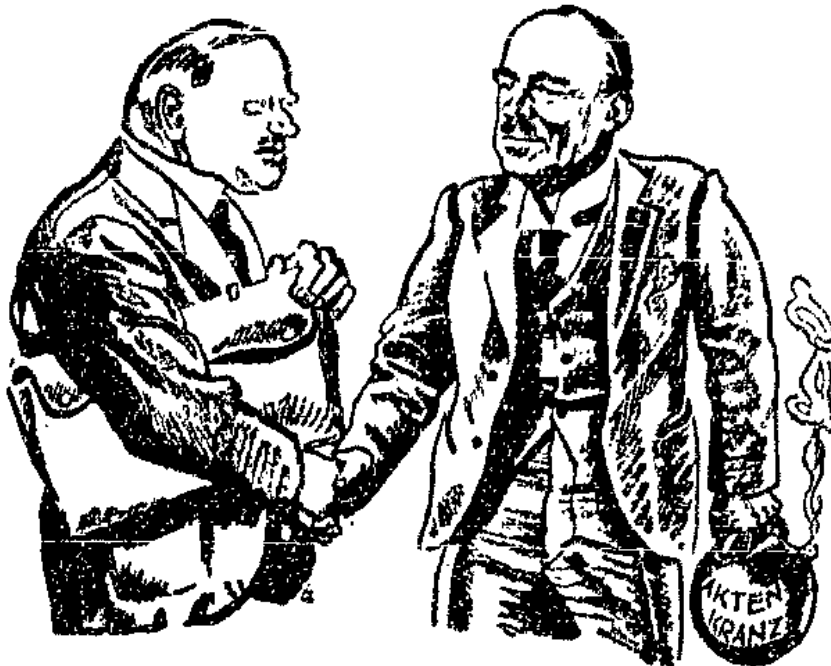
Die Hauszinssteuer wurde ohne Aussprache und ohne namentliche Abstimmung in dritter Lesung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Nach den hierüber so oft geführten Debatten verblühte also keine Partei mehr das Bedürfnis, zu reden. Hingefügt wurde lediglich eine Bestimmung, daß unter gewissen Voraussetzungen Reparaturhypotheken abzugsfähig gemacht werden können.

Dann folgte eine Reihe von Abstimmungen über den Forstetat und die Erledigung des Gesützetats. Hierzu sprach Abg. Frau Wohlgenuth (Soz.), die von der Gültigkeitsverwaltung größere Sparmaßnahme forderte angesichts der Tatsache, daß die für die Pferdezüge bestimmten Mittel viel zu hoch seien. So könnten die den privaten Kennvereinen zur Verfügung gestellten nicht unerheblichen Summen viel besser für Wohlfahrtszwecke verwendet werden. Sie kritisierte besonders scharf die Lohn- und Tarifpolitik dieser staatlichen Verwaltung, die alles andere als vorbildlich sei.

Das Haus verabschiedete sodann noch die Etats des Landtages und des Preussischen Staatsrates. Hierzu sprachen nur die Kommunisten, die sich aber ausnahmsweise sehr kurz faßten. Schließlich wurden in zweiter und dritter Beratung noch die Gesetzentwürfe zur Förderung des Baues von Kleinbahnen, für Ersatz baufälliger staatlicher Brücken durch Neubauten und zur Instandsetzung staatlicher Hafenanlagen bewilligt.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung stehen die dem Hauptausschuß überwiesenen und eingangs erwähnten Kreditvorlagen.

Koalitionsfreunde.



Hergt: „Grüß Gott, mein lieber Stresemann!“
Stresemann: „Grüß . . . ja, um Himmelswillen, was haben Sie denn da?“
Hergt: „O, nur eine kleine Bombe, die vor zwei Jahren die Deutsch-nationale Volkspartei für beiläufige 5000 Mark gegen Sie gekauft hat. Aber das tut ja nichts, wo Sie jetzt der unsrige sind!“

Loucheur über die internationale Wirtschaftsverständigung der Kapitalisten.

Der frühere französische Minister Loucheur, der in Berlin eingetroffen ist, hatte mit einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ eine Unterredung über die Möglichkeiten einer internationalen Wirtschaftsverständigung. Loucheur ist der Meinung, daß Europa nur durch gemeinsame Arbeit aus seiner bedrückten Wirtschaftslage herauskommen könne. Es wäre aber falsch, schon jetzt die Zollgrenzen aufzuheben und womöglich ein aktuelles Programm für die Vereinigten Staaten von Europa aufzustellen. Der Anfang müßte vielmehr in dem Zusammenschluß einzelner Industrien gemacht werden. Ebenso wie die Stahlindustrie können auch andere große Industriezweige ohne unüberwindbare Schwierigkeiten zu internationalen Kartellen vereinigt werden. Verfehlt wäre es, derartige internationale Kartelle auf zwei Staaten beschränken zu wollen. Sie müßten möglichst alle Staaten, die für einen Produktionszweig wesentlich sind, umfassen. Auf die Frage, wie weit er eine Vermittlung der internationalen Kartellierungsprojekte durch die Genfer Wirtschaftskonferenz erwarte, erklärte Loucheur, er glaube, daß eine allgemeine Aussprache über diese Frage nicht nur eine Klärung herbeiführen, sondern auch die Verständigung der verschiedenen einzelstaatlichen Wirtschaftsgruppen anbahnen werde. Die Frage, ob er es für möglich halte, auch die russische Industrie zu den Kartellen hinzuzuziehen, beantwortete Loucheur mit der Gegenfrage: Wie weit ist die russische Industrie? Von der Beantwortung dieser Vorfrage wird es abhängen, ob Rußland heute schon in den Kreis der internationalen Wirtschaft organisch mit einbezogen werden kann. Prinzipielle Bedenken bestehen jedenfalls nicht.

Herr Loucheur, der neben seinem parlamentarischen Mandat und einer großen Pariser Zeitung vor allem zahlreiche Kohlengruben und Industriebetriebe besitzt, gehört bekanntlich zu den Anregern der Weltwirtschaftskonferenz. Sein Ziel ist, wie auch diese neuesten unter seinen Darlegungen zeigen, der Abschluß großer, mindestens kontinentaler, möglichst aber die ganze Erde umfassender Schwerindustrie-Kartelle. Auf Ausschaltung der Konkurrenz durch Vereinbarungen geht ja auch sonst das Streben aller Großunternehmer, und Loucheur verbirgt auch die Beweggründe solchen Strebens nicht: ihm liegt nicht etwa rationellere Bedarfsdeckung an sich im Sinne — sonst würde er sich nicht gegen den internationalen Zollabbau wehren —, sondern die Garantierung hoher Profite. Internationale Kartelle für einzelne Branchen, wie Loucheur sie empfiehlt, werden gerade um dieses

realen Interesses willen nicht ausfruchtlos sein. Sie werden aber nicht einmal für die davon erlösten Teile der Wirtschaft das Aufheben der kapitalistischen Konkurrenz bedeuten, so lange es eben private Besitzer von Produktionsmitteln sind, die solche Abmachungen schließen und ihr Profitinteresse wahren müssen. Alle Kartelle werden ja nur befristet geschlossen und bis zum Kündigungstermin rüft in der heutigen Ordnung jeder Beteiligte durch weitere Anhäufung von Kapital, um im gegebenen Augenblick eine höhere Quote oder günstigere Sonderbedingungen verlangen zu können, widrigenfalls er das Kartell sprengt. So finden sich in Loucheurs Reden vielfach die nächsten und sicher die letzten Formen der kapitalistischen Produktionsorganisation an. Vom Wirtschaftsfrieden und vom ewigen Weltfrieden würden solche Friedensschlüsse der Kapitalisten, mögen sie sie technisch auch ungewollt vorbereiten, noch nichts verwirklichen können.

Die ersten direkten Besprechungen über den italienisch-jugoslawischen Zwischenfall.

haben, wie aus Belgrad gemeldet wird, am Donnerstag in Rom zwischen dem jugoslawischen Gesandten und Mussolini begonnen. Es verlautet, daß die jugoslawische Regierung im Falle eines negativen Verlaufs dieser Verhandlungen ihren Rücktritt zu erklären gedenkt.

Rücktritt des Pekingener Außenministers.

London, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Der eigentliche Leiter der chinesischen Nordregierung, Dr. Wellington Koo, ist, wie aus Peking gemeldet wird, zurückgetreten; man vermutet, daß Tchangjolin daraufhin seinen bisherigen Generalsekretär als Nachfolger Dr. Koo zu laudieren bestrebt sein wird. Die letzte Regierungshandlung Dr. Koo war die Abfassung der Note an den Sowjet-Geschäftsträger, in der diesem vorgeworfen wird, daß die Sowjetregierung kriminellen Unterschlagung gewährt und Beihilfe bei der Untergrabung der chinesischen Staatsautorität geleistet habe. Man betrachtet in London den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der chinesischen Nord-Regierung und der Sowjet-Regierung als sicher.

In einem Interview mit Reuter stellt der Sowjet-General-Konful die Verlegung der Sowjet-Botschaft nach Hankau in Aussicht. Nachträglich eingelaufene Meldungen aus Peking stellen den Ueberfall so dar, als wenn von der Unternehmung nicht die eigentlichen Botschaftsräume betroffen worden sind. Demgegenüber steht aber fest, daß die Durchsuchung sich im Raum der Sowjet-Botschaft abspielte und auch die Umrisse des sowjetrussischen Botschafters militärisch untersucht worden sind.

Die Mächte haben zwar die chinesische Nationalregierung von ihren Entschädigungsforderungen offiziell noch nicht unterrichtet; aber es verlautet trotzdem aus bestimmter Quelle, daß die Nationalregierung Gegenforderungen zu stellen beabsichtigt, deren Höhe die Ansprüche der ausländischen Mächte übersteigt. Die Erwartungen der Mächte, daß sich die Kantonsregierung ohne weiteres fügen wird, werden damit hinfällig. Es ist sogar mit großen Komplikationen zu rechnen.

Aus dem Reiche.

Revision gegen das Urteil im Giesener Feme-Prozess. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wurde, ist seitens der Staatsanwaltschaft und des Verteidigers des Angeklagten n. Salomon, Rechtsanwalt Zuelgebrunn, Revision gegen das Urteil des Giesener Schwurgerichts im Feme-Prozess eingelegt worden.

Geldstrafe wegen Beschimpfung von Schwarz-Rot-Gold. Der verantwortliche Redakteur der „Kreuz-Zeitung“, Bied, wurde am Donnerstag vor dem erweiterten Schöffengericht in Berlin wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz zu 280 Mark Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Bied hat aus Anlaß der Feier des 650jährigen Bestehens der Stadt Marienburg geschäftliche Bemerkungen über die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gemacht. Der Angeklagte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Der deutsche Gesandte in Lettland, Genosse Dr. Küster, ist gestern aus Riga in Berlin zu dienstlichen Besprechungen mit Außenminister Dr. Stresemann angekommen.

Aus der Preussischen Landwirtschafsverwaltung. Verfehlt wurden R. und Verm.-Rat Schwarzlopp in Königsberg in Preußen an das Landeskulturamt in Breslau, Verm.-Rat Gutzeit in Breslau an das Landeskulturamt in Königsberg i. Pr.

ZAHNCREME MOUSON Blendend weiße Zähne Reiner frischer Atem

Aus aller Welt.

Eine Metallwarenfabrik eingestürzt.

In der Nacht zum Donnerstag wurde die Metallwarenfabrik von Jüst & Co. in Berlin-Adlershof ein Opfer eines gewaltigen Großfeuers. Das mächtige Fabrikgebäude in einer Länge von 60 Meter, einer Tiefe von 20 Meter und mit vier Stockwerken, ist völlig eingestürzt worden. Viel wertvolles Material und zahlreiche fertige Metallwaren — meist Kunstwaren aus Messing — sind ebenfalls ein Raub der Flammen geworden. Der durch Versicherung gedeckte Schaden wird auf eine viertel Million Mark geschätzt. Die Fabrik mußte ihren Betrieb einstellen, wodurch 150 Arbeiter arbeitslos wurden. Das Feuer war morgens gegen 4 Uhr entzündet worden, war aber vermutlich innerhalb des Gebäudes schon viel früher ausgebrochen. Der Betrieb selbst war abends um 6 Uhr von den Arbeitern verlassen worden. Als die Feuerwehr eintraf, fand ein großer Teil des Gebäudes in hellen Flammen. Zehn Löschzüge der Feuerwehr waren mit sieben Motorspritzen bis 7 Uhr morgens bemüht, ein Ueberströmen des Brandes auf benachbarte Gebäude zu verhindern.

Fünfzehn Jahre Zuchthaus für ein Eisenbahnmaterial.

Der 80 Jahre alte Maler Peter Weimüller aus Herzogenaurach hatte im August 1925 dreimal nachts auf den zwischen Nürnberg und Würzburg verkehrenden Schnellzug einen Anschlag unternommen, indem er die Schienen lockerte und einen schweren Anstoß auf die Schienen legte. Die Abfahrt den Zug zum Entgleisen zu bringen, konnte jedesmal vereitelt werden. Nach der Tat war Weimüller in die französische Fremdenlegation entwichen, von wo er erst nach langen Verhandlungen ausgeliefert wurde. Das Schwurgericht Fürth verurteilte ihn jetzt wegen dreifachen Mordversuches in Tateinheit mit dreimaliger Eisenbahntransportgefährdung zu 15 Jahren Zuchthaus.

24-Stundenzeit beim Reichsheer.

Die Reichswehr und die Reichsmarine schließen sich der Reichsbahn, der Reichspost und den sonstigen Verkehrsbetrieben an und führen vom 15. Mai für den militärischen Dienst die 24-Stundenzeit ein. Die Reichswehr hofft, dadurch Mißverständnissen, wie sie vielfach bei Befehlsübermittlungen vorgekommen sind, vorzubeugen.

Arbeitslosentragodie.

In einem Berliner Hotel waren vor einigen Tagen der 27 Jahre alte Kriegsinvalide Richard Krause und die 29 Jahre alte Frau Lene Mooschagen aus Essen abgetrieben. Sie waren nach der Reichshauptstadt in der Hoffnung gekommen, hier Arbeit zu finden. Darin sahen sie sich getäuscht. Daraufhin haben die beiden freiwillig ihrem Leben ein Ende bereitet. Der Mann schnitt zunächst der Frau mit einem Rasiermesser den Hals durch und erschloß sich dann selbst. In einer hinterlassenen Postkarte bestärkten die beiden ausdrücklich, daß sie aus wirtschaftlicher Not in den Tod gegangen sind.

Vom wilden Eber gebissen.

Im Zoologischen Garten in Berlin ereignete sich gestern Abend ein eigenartiger Unglücksfall. Der Hilfswärter Maurer war mit dem Reinigen des Wildschweinestalles beschäftigt, als er plötzlich von einem bössartigen Eber angegriffen wurde. Maurer wurde zu Boden gestoßen und erhielt von dem wildbegredenen Tier schwere Verletzungen am Fuße. Nach vieler Mühe gelang es, Maurer aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus Weißend überführt. Die Wunde ist infiziert und hat starkes Fieber hervorgerufen.

Vier Laminenopfer entdeckt.

Die vier Bewohner des Hotels Rocher de Naye bei Montreux, die seit einer Woche vermißt wurden, konnten von einer Rettungskolonie nach schwieriger Arbeit aufgefunden werden. Alle vier Personen lagen tot unter einer 2½ Meter hohen Schneelage. Damit steht einwandfrei fest, daß sie das Opfer einer Lawine geworden sind.

Liebesdrama im Zug.

Auf der Strecke Kraflau-Warzhau fand der Schaffner in einem Abteil dritter Klasse eines Personenzuges ein Liebespaar tot auf. Der 23jährige Mann und das 18jährige Mädchen waren durch Schüsse in die Schenkel aus dem Leben geschieden.

Unfall durch eine explodierende Granate.

In der bei Sosonowik gelegenen Katharinenhütte explodierte beim Einfräsen von noch aus dem Mittelalter

stammenden in den Ostmarken eingesammelten Stachelndraht eine Granate, die in einem Drahtkäuel verborgen war. Ein Arbeiter wurde getötet, zwölf erlitten Verletzungen.

Erstaufführung des „Farrinat“ in Warschau.

Richard Wagners Bühnenweissfestspiel hat Joseph in der Warschauer Oper seine Erstaufführung erlebt. Dieses künstlerische Ereignis hat bei Publikum und Presse die regste Teilnahme gefunden. Das Werk ist in monatelangen Proben sorgfältig und liebevoll einstudiert worden. Während der Vorbereitungsarbeiten zur Erstaufführung wurde in Warschau eine Reihe öffentlicher Vorzüge über Wagner veranstaltet, die sich einer stark interessierten Besucherzahl erfreuten; besonders verdient um die Vermittlung des Wagnerischen Schaffens hat sich der Professor der Krakauer Jagellonischen Universität, Dr. Zachimecki, gemacht, der ein geschätzter Wagnerkenner ist. Zwei Tage vor der „Farrinat“-Premiere waren sämtliche Plätze ausverkauft. Die dekorative Ausstattung hatte sich die Warschauer Oper aus Wien verschrieben.

Binedos Flugzeug verbrannt.

Das Flugzeug des italienischen Weltfliegers Binedo ist am Mittwoch in Nordamerika durch Feuer völlig zerstört worden, als es auf dem Roosevelt-See in Arizona niedergegangen war. Bei der Erneuerung der Benzinvorläufe stand plötzlich die ganze Maschine infolge Explosion des Benzinbehalters in Flammen. Man vermutet, daß ein brennendes Zündholz leichtfertig weggeworfen wurde.

22 Todesurteile in Indien.

In einem Prozeß wegen Ueberfalles auf einen Eisenbahnzug in der Nähe von Lucknow im August 1925, bei welchem die Passagiere des Zuges durchschußt und ausgeraubt worden sind, wurden 22 Angeklagte zum Tode, ein Angeklagter zur Verbannung, ein Angeklagter zu 14 Jahren Zuchthaus und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Jahren verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das Verbrechen einer weitverbreiteten Verwilderung in den Vereinigten Provinzen festgesetzt worden ist, und zwar zum Zwecke der gegenwärtigen Regierung durch einen bewaffneten Aufstand in Verbindung mit den Verbrechen in Orissa.

Stadthenter
 Freitag 8 Uhr:
 Gastspiel Max Roth
"Othello"
 Sonnabend 8 Uhr:
"Zurandot"
 Sonntag 3 Uhr:
 Vorstellung zu
 ermäßigten Preisen
Der Wildschütz
 Abends 7 1/2 Uhr
Die Jüdin.

Schauspielhaus.
 Op. reellen Bühne.
 Tel. Stephan 38300.
 Täglich 8 Uhr:
 Der große Operettenfolg
"Adieu, Mimi!"
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr.
"Das Dreimäderlhaus"

Lobe-Theater
 Tel. Ring 6774
 Freitag, abends 8 Uhr
 Zum ersten Male!
Herodes u. Mariamne
 Sonnabend, Sonntag,
 abends 8 Uhr:
Herodes u. Mariamne

Thalia-Theater
 Tel. Ring 6700
 Freitag, abends 8 Uhr
 Zum ersten Male!
"Moral"
 Sonnabend, Sonntag,
 abends 8 Uhr:
"Moral"

Liebig-Theater
 Telefon: Stephan 34546
 Täglich 8 Uhr:
 Der sensationelle Erfolg des
April-Varieté-
Programmes.
 U. a.:
 Zum 1. Male in Deutschland!
 Die Welt-Attraktion
Gaston Palmer
 humoristische Festschritte
 u. das große Programm
 Eintrittspreise von 50 Pl. an
 Jeden Sonn- u. Feiertag
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
 Familien- u. Kinder-Vorstellung
 Das volle Programm
 zu ermäßigten Preisen.



OSTERFREUDE
 bereitet Ihnen die
 in ihren großen, mit der Sorgfalt erster Spezial-Geschäfte
 gepflegten Abteilungen für

Damen-Moden
 Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider,
 Blusen, Röcke, Strickkleider,
 Westen, Complots, Burberry-Gummi-
 Lodenmäntel, Sport-, Backfisch- und
Kinder-Bekleidung

Herren-Moden
 Herren-, Burschen- und Knaben-
 Anzüge, Smoking, Fracks, Tanz-
 Anzüge, Herren-, Jünglings- und
 Knaben-Paletots, Gummi-
 und Lodenmäntel, Leder- und Wind-
 Jacken, Hosen und einzelne
 Jackets und Westen

Maß - Anfertigung
 für Damen und Herren.
 Deutsche und original englische
 Stoffe unter Garantie für guten
 Sitz und beste Verarbeitung
Spezialität
Sport-Bekleidung

Beachten Sie unseren Grundsatz:
"Kaufe sofort - Kaufe gut - zahle später!"
 Unser Kundenkreis zählt nach vielen Tausenden

und ist anhänglich und dankbar für beste
 Bedienung und weitgehendste Kulanz!
 Jeder Kauf ist streng diskret!

6 Monatsraten
 Beamte, Angestellte und alle Kunden kaufen bei uns
ohne Anzahlung
1. Ratenzahlung Juni 1927

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
 Das große Modemagazin mit Kreditbewilligung
Breslau
Junkerstr. 38/40
 direkt am Christophorusplatz.

Unsere Geschäftsräume sind Sonntag, den 10 April von 1 1/2 bis 6 Uhr geöffnet
 Auswärtige Kunden erhalten Reise-Vergütung

Sehr elegante
Grad- u. Hof-
Anzüge
Herm. Mohaupt
 Raslstraße 1, L. Tel. R. 1301
 über Albrechtstraße.
 Tinetate erzielen in
 dieser Zeitung
 den größten Erfolg

TON
 Fürstenstraße 32.
 Das große
 Doppelprogramm!
Ein Lebenskünstler
 Nach dem gleichen Schauspiel von Eduard Voß 7 Akte
 mit Erna Morena, Frida Richard, Grete Mosheim,
 Olaf Fjord, Robert Garrison, Friedr. Kasper
 Ferner der große Sensationsfilm:
Der Vetter aus Australien
 6 Akte - mit Rod la Roque - Großes Beiprogramm
 Sonntag 3 Uhr: Jugend-Vorstellung 7218

Am Sonnabend, den 9. April, nachmittags 5 Uhr
 findet die
Eröffnung
 unserer
Altdeutschen Bierstuben
 Neudorfstraße Nr. 3

statt. Neben unseren bekannten Qualitätsmarken sowie
 gut gepflegten Bieren wird eine vorzügliche Küche jedem
 verwöhnten Gaumen Rechnung tragen. Es ist also in jeder
 Hinsicht Vorsorge getroffen, unseren verehrten Gästen
 den Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten.

Emil Fache Aktiengesellschaft
 Breslau.

Kristall-Palast
 Nautilusplatz Sonntag ab 3 Uhr

**Unter Ausschluß
 der
 Öffentlichkeit!**
 8 Akte
 mit Werner Krauß, Maly Dalschaft
 Vivian Gibson, Werner Dietzke usw.
**Nach dreimaligem Verbot
 endlich freigegeben!**
 Als 2. Schlager:
Ben Ali
 Orientalischer Prunkfilm in 6 Akten mit
 Ramon Navarro
Weißhaupt dirigiert!
 Vorverkauf: Barasch und Kassen

**Schneeweißchen
 Kaiser-Auszug-Mehl**

5 kg Handschbentel	3.40
5 kg Papierbentel	3.20
2 1/2 kg	1.60
Schlei. Molkereibutter	1/2 kg 2.90
Rohsugbutter	1/2 kg 0.60
Rindertalg	1/2 kg 0.55
Schweinejohal, ameril.	1/2 kg 0.74
B.R.R. „Solma“ Margarine	1/2 kg 1.00
B.R.R. „Eigeln“ Margarine	1/2 kg 0.80
B.R.R. „Spezial“ Margarine	1/2 kg 0.60
Butter	1/2 kg 0.35 0.36
Feinste Klettendorfer Kaffeebohne	1/2 kg 0.36
Koffein, große	1/2 kg 0.60 0.80
Sulfonin	1/2 kg 1.00, 1.20 1.40
Selb-Rorindgen	1/2 kg 0.70
Süße Mandeln	1/2 kg 2.60
Fogo-Riechenmandeln	1/2 kg 3.00
Orangeat	1/2 kg 1.20
Zitronat	1/2 kg 1.80

Achtung! Radfahrer!
 Beste Marken Rennmasch.,
 Holzfelgen mit Schlauchreifen,
 komplett ausger. m. Aluminium-
 fesschen pp. nur 125.00 Mk.
 große Fahrrad-Karbid-
 lampen, Messing ver. 4.90
 elektr. Bell-Licht 8.50
 ferner sämtliche Ersatz- und
 Zubehörtelle für das Fahrrad
 in bekannt guter Qualität zu
 konkurrenzlosen Preisen!
 Bevor Sie kaufen, erst meine
 Angebote prüfen!

Fahrradhaus Jette
 hegen im Zentrum gelegen
 3 Bischofsstraße 3
 Bezirksvertreter für:
 Export, Phoenix, Bial, Ess
 und andere bekannte Marken.
Buchdruckerei Volkswacht
 Flurstraße 4/6

Oliven Öl
 beim Kauf Ihrer Frühjahrs-Bekleidung
 auf nur haltbare Qualitäten, die wir
 Ihnen zu niedrigsten Preisen anbieten:

Herrn-Anzüge gute Verarbeitung, modernste Stoffe . . . 48.-, 35.-, 25.- **21.-**
Gabardine-Mäntel mod. Fassons, haltb. Stoffe, neueste Must., 35.-, 29.- **24.-**
Sport-Anzüge erstkl. Verarbeitung, feste, haltbare Stoffe, 45.-, 38.-, 30.- **24.-**

N. Steinitz jr.
 Spezialhaus für Herren-
 und Knaben-Bekleidung
Albrechtstraße 57 2. Haus vom Ring.

Warbur Lichtbild
Gewiderrichte nur bis Montag!
 Lil Dagowar und Harry Liedtke in
Der Veilchenfresser
 nach der gleichnamigen Operette
 Ferner: Rod La Roque in
Ein roter Gentleman
 6 Akte
Deutscher-Week!
 Sonntag 1 Uhr: Große Kinder-Vorstellung
Ein roter Gentleman
 6 Akte

Apfelsinen
Echte Santa Maria Pirobia-Orangen
 Blut mit Doppelblut gemischt,
 die reinsten Früchte der Saison:
 1 Duzend 2.00, 1.60 1.80
 Schenken Sie bitte
Otto Siebler's
Qualitäts-Kaffeegetränken
 Ihre vollste Aufmerksamkeit

Milchkefzer	1/2 kg 2.20-1.60
Tea	1/2 kg 3.50-18.-
Kaffee	1/2 kg 0.80-1.60

Dreslauer Kaffee-Rösterei
Otto Siebler
 Breslau, Zwingerplatz 5 u. 30 Götzen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. April.

Ausperrung.

Tot liegt die Fabrik da. Kein Schlot raucht, kein Hammer pocht, keine Säge schnarrt.

Am Eingangstor der Linke-Hofmann-Werke in der Grundstraße herrscht sonntägliche Stille. Keine Ansammlung, kein Schupo. Die Tore stehen offen wie sonst.

Gleich links im Pförtnerhäuschen langweilen sich zwei Wächter. Sie tragen blaue Armbinden mit der weißen Aufschrift: „Fabrik-Sicherheitsdienst“. Einer von ihnen war früher Schupo, ein Wortwechsel eine Ohrfeige gab, mußte er den Dienst quittieren. Seitdem spielt er Wächter.

Es ist gerade 1/3 Uhr nachmittags. Das ist die Zeit, wo sonst gegen 3500 Arbeitsmänner hier herauskommen. Heute aber ist es still, die Fabrik liegt tot.

Nur einige Kinder spielen vor den Toren, fröhlich und unbeforgt. Sie sind sicher Kinder ausgesperrter Väter. Aber was wissen sie von der Not der Eltern.

Auch die Natur ist von einer Ironie ohnegleichen. Während Tausende schwelgische Hände zum Feiern gezwungen sind, zwitschern die Vögel, sprießt junges Laub in den benachbarten Gärten, und darüber spannt sich ein lauchend blauer Himmel.

Strahnenwärts am Fabrikzaun steht ein Händler mit Tabakwaren. Auch er ist „kaltgestellt“, wie er sagt. Aber er bleibt vorläufig noch auf seinem Stand, weil am Freitag die Ausgesperrten sich ihren Lohn bis zum Tage der Ausperrung abholen kommen.

Dann wird auch er seinen „Laden“ bis auf weiteres schließen. In der Mährischen und Striegauer Straße herrscht ebenfalls Verkehrsstille. Auch hier, in der Striegauer Chaussee, ist eine Zigaretten- und Erfrischungsbude von der Ausperrung schwer betroffen. Der alte Mann hinter dem Verkaufstisch hat heute noch nichts eingenommen.

Ein Schupo schlendert langsam auf die Fabrik zu. Im Gehen schlenkert der Gummirollen auf seiner Seite. Aber es braucht niemand zum Weitergehen aufgefordert werden.

In der Fabrik selbst sind einige Meister und Lehrlinge beschäftigt. Nach den vertraglichen Abmachungen werden die Lehrlinge weder von Streiks, noch von Ausperrungen betroffen. Sie erhalten jetzt, wo der Betrieb stillgelegt ist, allerdings nur theoretischen Unterricht.

Außer ihnen sind bis Sonnabend noch etwa 20 Arbeitskräfte, die im Angestelltenverhältnis stehen (zum Beispiel Werkzeug-Ausgeber) in der Fabrik tätig. Aber auch ihnen wird gekündigt, sobald die Ausperrung nicht bald beigelegt wird.

In den Schrebergärten der Verlängerten Bergstraße und an anderen Stellen sah man Ausgesperrte hantieren. Die unfreiwilligen Mußstunden werden mit Gartenarbeit ausgefüllt. Andere wieder sind froh, ihre müden, abgearbeiteten Knochen daheim ein wenig ausruhen zu können. Wie war es doch sonst:

Sirenen heulen, Mückenschwärme schauern, Wie aufgelockert vom großen Wort. Die Tore öffnen sich mit Jaubern, Und blasse Menschen haften fort. Sirenen heulen, blasser Morgen blutet, Die Schöste steden schwarze Fäden aus, Die grauen Strahlen sind durchflutet, Vom Werktag zittert jedes Haus. Fabrikten ziehen händchengernd, Die schwarzen Scharen gierig ein, In des Schmarotzer, leer und lungern, Verschütten ihren letzten Wein.

Inhaber von Geschäftsräumen.

Nach einer in diesen Tagen erlassenen Verordnung des preußlichen Ministers für Volkswohlfahrt muß einer Klage, mit der die Herausgabe eines, nach den §§ 2 und 6 der Verordnung über die Lockerung der Wohnungswirtschaft von den Vorschriften des Gesetzes über Mieterrecht, Mietneigungsämter, ausgenommenen Geschäftsraumes verlangt wird, erst ein Schiedsverfahren vor dem Mietneigungsamt vorausgehen.

Ein Termin zur mündlichen Verhandlung über die Räumungslage am Amtsgericht darf erst angesetzt werden, wenn der Vermieter eine Bescheinigung des Mietneigungsamtes darüber beibringt, daß in einem Termin, in dem der Vermieter oder ein von ihm zum Vergleichschluß ermächtigter Vertreter erschienen war, ein gültiger Ausgleich zwischen den Parteien erfolgrlos verläuft, oder daß der Mieter in dem Termin ausgeblieben ist.

Eine bereits erhobene Räumungslage ist solange auszufragen, bis auch über diesen Fall in einem Schiedsverfahren vor dem Mietneigungsamt entschieden ist.

Derjenige Inhaber eines Geschäftsraumes, der eine Räumungslage befürchtet, hat auch die Möglichkeit, ein Schiedsverfahren beim Mietneigungsamt zu beantragen. Das Verfahren selbst ist gebührenfrei. Die Erstattung von Auslagen kann nicht gefordert werden.

Nächere Auskunft, auch in allen anderen Angelegenheiten, erteilt das Arbeiter-Sekretariat der freien Gewerkschaften, Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 32. Sprechstunden sind vormittags von 11-1 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr, außer Sonnabend nachmittag.

Darüber werden auch Schriftsätze aller Art kostenlos ausgefertigt. Als Ausweis ist das Mitgliedsbuch einer freien Gewerkschaft oder der SPD. vorzulegen.

Schulhauswart und Oberstudiendirektor.

An der Cecilienkate war früher ein Schulhauswart beschäftigt, der im November 1924 trotz unangenehmer Beteuerung seiner Unschuld wegen Sittlichkeitsverbrechens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er behauptet, in das Verfahren verwickelt worden zu sein, um Dinge zu vertuschen, die mit dem Oberstudiendirektor Geipel zusammenhingen. Inzwischen mußte Geipel von der Stadt pensioniert werden, weil ein Disziplinar- oder Strafverfahren gegen ihn — an § 51 des Strafgesetzbuches scheiterte. Er soll für seine Freundlichkeiten gegenüber Schulmädchen unzurechnungsfähig sein. Der Schulhauswart hat einen Teil seiner Strafe verbüßt, worauf er wegen Krankheit für unfähig erklärt und auf freien Fuß gesetzt wurde. Inzwischen soll er wieder fähig sein, und so hat er jetzt wieder einen Stellungsbescheid für Kleinkate erhalten. Er behauptet auch heute noch, unschuldig zu sein. Natürlich können wir dies nicht nachprüfen, nur wissen wir, daß es mit dem § 51 keine eigene Bewandnis hat.

Der Schulhauswart ist zurechnungsfähig und der Oberstudiendirektor unzurechnungsfähig. Der Schulhauswart geht ins Gefängnis, und der Oberstudiendirektor ins Sanatorium. Der Schulhauswart verliert seine Stellung und der Oberstudiendirektor bekommt seine Pension. Der Schulhauswart würde gewiß auch heute noch gern mit dem Oberstudiendirektor tauschen.

* Wegen Zwiderhandlung gegen die Steuergesetze ist vom Finanzamt Breslau-Mitte in den Monaten Januar bis März 1927 gleicher zum Freie von 2, 3 und 4 Mark auch bei Haindler und kräftig erkannt worden.

Breslauer Haushaltsberatungen.

Genosse Dars: Gewissenlos trampeln die „Ketter“ das Volt in den Dred!

In einer Dauerstimmung, die sich fast bis 11 Uhr nachts erstreckte, sind gestern der Rämmerer und sieben Parteiredner zum Etat zum Wort gekommen. Die übrige Tagesordnung war knapp und wurde rasch erledigt. Der Bericht, den Rämmerer Dr. Friedel über den Stand der Gemeindeangelegenheiten gab, zeigte deutlich die Not, in der sich die Stadt infolge des gänzlichen Darniederliegens der Wirtschaft befindet. Alle Verwaltungen sind gesund, nur das Wohlfahrtsamt ist es, das mit seinem Riesenbedarf die Kräfte der Stadt und der Bürgerschaft verzehrt. Leider wies der Rämmerer nicht mit voller Deutlichkeit auf die wirklichen Urheber der Not, auf die Kreise, die heute in Deutschland regieren, und durch deren Klasseigenennut die Wirtschaft zum Erliegen kam. Dann sprach Herr Thum als erster zum Etat. Die Schwarz-Weiß-Noten spielen nun einmal jetzt die erste Geige. Er ahnte von vornherein Unheil vom nachfolgenden Redner, denn die „Volkswacht“ habe schon erkennen lassen, wen er für alles Uebel verantwortlich machen werde. Dann polemisierte er gegen die Bürgererschaft, weil diese so unzufrieden mit dem Etat der Preiserhöhungen sei. In der bisherigen Anhängerenschaft der Schwarz-Weiß-Noten scheint es also ganz gewaltig zu gären. Genosse Dars zeichnete mit großer Schärfe die Ursachen von allem Jammer. Die „Wirtschaft“ hat erst die Beamten abgebaut, dann zwei Millionen Arbeiter und Angestellte aufs Pfahler geworfen, um an Röhnen und Gehältern zu sparen. Sie hat damit aber zugleich die eigene Kundschaf erschlagen. Dazu die ungeheure Auswucherung des Volkes durch die Zülle, und obendrein der Zollkrieg mit Polen. Wie sich das alles auf die Stadtverwaltung auswirkt, wurde siffernmäßig dargelegt. Hier hilft nur eins: baldige Neuwahlen. Nur eine linksgerichtete Politik kann eine Besserung herbeiführen. Das Zentrum scheint, nachdem es mit den Schwarz-Weiß-Noten in der Regierung sitzt, bereits erhebliche Wahlangst zu haben, denn Dr. Seppel sagte, Wahlen würden der Stadt auch kein Geld bringen. Die Klacht solcher Beweisführung dürfte der sonst meist recht kluge Zentrumsführer wohl selbst empfunden haben. Der völkisch-soziale Redner Stein fiel durch eine seltsame Frömmigkeit auf. Nachdem es mit der Woiwankirche anscheinend nichts werden will, erklärte er, daß er den Glauben der Väter noch nicht abgelegt habe. Der Demokrat Wolf hielt sich wieder stärker an die Finanzfragen. Besonders liegt ihm daran, daß die Gewerbesteuer nicht zu hoch wird. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung zur Erledigung einer geheimen Vorlage, kamen auch noch der Kommunist Ammon und der Arbeitnehmervertreter Siebranner zum Wort. Die eigentliche Arbeit am Etat erfolgt erst im Ausschuß.

Zu Beginn der Sitzung richtete Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedrich einen Appell an die Versammlung, es nicht wieder zu ähnlichen Szenen wie in der vorigen Sitzung kommen zu lassen, da sie die Würde des Hauses verletzen. Es sei dies der erste Fall in der Geschichte dieses Hauses, wo solches sich ereignete. Ueber den Stand der Gemeindeangelegenheiten berichtete

Stadtämmerer Dr. Friedel: Er habe bei seiner Etatsrede im Jahre 1926 den vorjährigen Etat einen Kometen genannt und die Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ausgesprochen. Die Not sei jedoch höher als je geflogen, und die Lage der Stadt sei jetzt trauriger als zuvor. Durch die ständig steigenden Wohlfahrtslasten wurde das Defizit immer größer. Zwar wurde die Stadt durch Notstandsarbeiten verschönert und mit Grünanlagen versehen, denn andere als Garten- und Erdarbeiten dürfen nicht durch Notstandsarbeiter ausgeführt werden; aber das Geld wurde immer geringer. Ein Tropfen auf den heißen Stein waren diese Arbeiten. Infolge der ungunstigen geographischen Lage, ungunstigen Bahntarifverhältnisse, der Grenzziehung des Versailler Friedens und des jahrelangen Zollkriegs mit Polen trat die wirtschaftliche Krisenereignisse und das Erwerbslosentum auf ein Jahr früher bei uns als im übrigen Reich auf. In Berlin, bei der Reichs- sowohl als der Staatsregierung, scheine noch immer keine Kenntnis von unseren Notizen und kein Verständnis dafür zu bestehen. Das habe schon das Sofortprogramm bewiesen, das viel zu geringe Mittel für uns einsetzte. Das Defizit in Höhe von 10 bis 12 Millionen sei ausschließlich auf die durch die trostlose Wirtschaftslage so ungeheuer gestiegenen Wohlfahrtslasten der Stadt zurückzuführen. Die ganze übrige Verwaltung, die aus 60 Einzelverwaltungen besteht, arbeite gesund und wirtschaftlich. Am 28. Februar 1927 habe die Stadt Breslau 564 321 Einwohner gehabt, im Berichtsjahr waren 7401 Todesfälle und 9825 Lebendgeburten zu verzeichnen. Die schlechte Geschäftslage in Breslau werde durch die Zunahme der Konkurse von 116 im Jahre 1925 auf 128 im Jahre 1926 und der Geschäftsausschlüssen von 148 auf 288 gefolgt. Die Bautätigkeit habe sich im Berichtsjahr gehoben, für 1927 seien 907 Bauerlaubnisse gegen 780 für das Jahr 1926 und 533 für das Jahr 1925 erteilt worden. Die Hochbauverwaltung habe eine große Reihe von Hochbauten ausgeführt, die Tiefbauverwaltung habe 18 Straßen umgepflastert. Seit dem Kriege sind 13 250 Wohnungen neu geschaffen worden, davon 1034 im Jahre 1926 und 1526 im Jahre 1925. Die Zahl der Wohnungsuchenden habe trotzdem von 40 855 Ende 1925 auf 41 871 Ende Dezember 1926 zugenommen. Die Straßenbahn habe ihren Wagenpark stark verbessert und vermehrt; eine Halle für die Kraftomnibusse wurde gebaut. Die Eingemeindungsverhandlungen konnten dank dem Entgegenkommen der Staatsregierung und des Landkreises fast zum Abschluß gebracht werden, und die Verabschiedung des Eingemeindungsgesetzes ist für die nächsten Monate zu erwarten. In der nächsten Woche beginnen bereits Beratungen im Ministerium darüber.

Im Berichtsjahre tagten 40 Kongresse in Breslau, im neuen Jahre werden es fünfzig sein, was dazu beiträgt, unsere Stadt bekannt zu machen. Der Zugverkehr sei verbessert worden. Der Luftverkehr entwickelte sich günstig; im neuen Jahre werden die zwei wichtigsten neuen Linien Berlin-Breslau-Prag-Wien und Breslau-Prag-München-Genz mit Anschluß an internationale Verbindungen eröffnet. Eine besonders günstige Geschäftsentwicklung haben die Städtische Bank und die Städtische Sparkasse gehabt, deren Einlagen sich stark steigerten. Im Anfang des Berichtsjahres war jeder zwölfte Breslauer Sparrer bei der Sparkasse, jetzt ist es jeder Sechste. Das durchschnittliche Guthaben des Einzelsparers ist von 865 auf 990 Mark gestiegen; die Zahl der Sparrer ist von 46 664 auf 74 886 und die gesamte Summe

von 17,7 Millionen auf 30,6 Millionen gestiegen. Die Stadtsparkasse war eine der ersten, die bei Darlehen den niedrigen Zinssatz von 7 Prozent einführte.

Von der der Stadt gewährten Anleihe von 30 Millionen sind erst 10 Millionen in Anspruch genommen worden. Bei dem weiteren Kreditbedarf habe sich die Stadt mit kurzfristigen Krediten geholfen und dabei durch Zinsgewinne Hunderttausende gespart. In gleicher Weise werde 1927 vorgefahren werden.

Besonders bemährt habe sich die Linke-Hofmann-Werke gegebene Anleihe, durch die 3000 Arbeiter in Brot und Lohn gehalten werden konnten, die sonst der Erwerbslosenfürsorge anheim gefallen wären. Für die Zukunft hat leider eine ministerielle Verfügung die Begebung solcher Kredite jetzt untersagt.

Die ungeheuren Ausgaben der Wohlfahrtspflege sind hauptsächlich durch die furchtbare Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Januar 1926 betrug ihre Zahl 26 361, April 1927, Oktober 52 399 und Februar 1927 59 819. An Erwerbslosenerstützungen wurden gezahlt Oktober 1925 209 000 Mark, Februar 1926 880 000 Mark, Oktober 1926 982 000 Mark, Februar 1927 1 150 000 Mark. 1913 betrug der städtische Zuschuß zur Armen- und Wohlfahrtspflege 4,2 Millionen Mark oder 8,14 Mark pro Kopf der Bevölkerung, 1924 12,2 Millionen bzw. 17,97 Mark, 1925 15,9 Millionen bzw. 27,27 Mark, 1926 27 Millionen bzw. 44 Mark. Vom Wohlfahrtsamt wurden dauernd unterstützungen 1924 6382, 1925 7293, 1926 8752 Personen, einmalige Unterstutzungen erhielten 2139 bzw. 2710 bzw. 1119 Personen. Mittelstandsunterstützungen erhielten in den gleichen Jahren 1352 bzw. 1974 bzw. 1124 Personen. Unterthierleinrentner gab es 1924 3922, 1925 3876, 1926 3682, Sozialrentner 8766 bzw. 9603 bzw. 9929. Die Zahl der vom Wohlfahrtsamt allein unterstützten Erwerbslosen (Ausgesteuerte) betrug 1925 4137, 1926 10 537.

Der Vorwurf, die Stadtverwaltung habe nicht sparsam genug gewirtschaftet, treffe nicht zu. Die Riesenaufgaben seien nicht ihre Schuld, sondern auf das Konto der schlechten Wirtschaftslage zu setzen. Das Defizit wäre nicht so hoch geworden, wenn nicht die Stadtverordnetenversammlung die Gewerbesteuer ermäßigt und die Abschaffung der Straßenbahnrückfahrtscheine zunächst abgelehnt hätte.

Zum zweiten Male wird der Magistrat seine Zustimmung zu einem Defizit-Haushalt nicht geben. Im weiteren verbreitete sich der Stadtkämmerer über die außerordentlichen Schwierigkeiten bei Aufstellung des neuen Etats. Ohne Deduktion werde kein Antrag mehr genehmigt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher sprach nun dem Oberbürgermeister und sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern den üblichen Dank für ihre Arbeit aus.

Stadt. Thum (Dnat.)

ergriff dann als erster Parteiredner das Wort. Er griff besonders die „Volkswacht“ an, die die „Schwarz-weiß-rote Gesellschaft“ für die Defizitwirtschaft im Jahre 1926 verantwortlich mache. Der 7-Millionen-Ueberhuß der roten Mehrheit sei nicht ihr, sondern von ihr gestützten Stadtkämmerers Verdienst gewesen (Lärm und Gelächter links.) Sie haben ihm deswegen Vorwürfe gemacht (Weil er die Ueberhuße verheimlichte, Zuruf links.) Nur die strengste Sparsamkeit könne helfen. Das Bauen müsse auf das Notwendigste eingeschränkt werden. Anleihen zur Aufrechterhaltung des Etats seien abzulehnen.

Stadt. Dars (Soz.):

In den ersten Nachkriegsjahren hat ein guter Kenner des Breslauer Stadthaushalts, der verkorbene demokratische Staatskritiker Dr. Hanke, seine Rede mit den Worten begonnen: „Der Etat ist schlecht, sehr schlecht!“ Die gesamte bürgerliche Presse hat dieses Wort als höchste Offenbarung weiterverbreitet und gegen die damalige Sozialdemokratische Stadtverordneten-Mehrheit ausgenutzt. Herr Hanke hatte recht, der Etat war schlecht, denn nach dem Kriege konnte er nicht gut sein. Aber heute reißt die deutsche Sprache mit ihren Steigerungen

schlecht, schlechter, am schlechtesten nicht aus, um zu sagen, wie schlecht der Etat ist. Man muß auf französische Art weiter steigern:

extrêmement mauvais — infiniment mauvais (außerordentlich schlecht — unendlich schlecht) und kommt damit vielleicht dahin, richtig zu sagen, wie schlecht der Etat ist.

Als Motto müßte dem vorliegenden Etat die Ueberschrift über Dantes Hölle voranstehen: „Die ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung draußen!“

Der Herr Kämmerer hat freilich den Etat neben großen Gebührenerhöhungen und Steuererhöhungen mit sehr viel Hoffnung ausbalanciert. Er nimmt an, daß sich die Verhältnisse bessern werden, und daß es dann mit den 115 527 200 Mark brutto oder 96 964 783 Mark netto seine Richtigkeit haben wird.

Worauf läßt der Herr Kämmerer diese Hoffnung?

Er wird das schlecht sagen können, denn vorläufig deutet noch gar nichts auf bessere Zeiten, aber ohne Hoffnung wäre der Etat überhaupt nicht zu balancieren gewesen.

Ich habe für die nächste Zukunft noch gar keine Hoffnung. Allerdings gibt es ein Mittel, mit dem heutigen Jammer fertig zu werden:

Baldige Neuwahlen zum Reichstage und zur Stadtverordneten-Versammlung.

Die Wähler müssen die Gelegenheit bekommen, den Irrtum von 1924 wieder gutzumachen. Der industrielle und schwerindustrielle Eigenmut darf nicht länger an der Volkskraft zehren, erst dann kann es wieder besser werden.

Als ich bei früheren Haushaltsberatungen den Krieg für mancherlei unliebsame Erscheinungen verantwortlich machte, sagte Herr Thum, der damals, der Bedeutung seiner Partei entsprechend, an dritter Stelle sprach: „Wir sind doch heute nicht mehr im Kriege, wir sind schon lange im Frieden.“ Heute sagt er nicht, daß jetzt

der Befähigtenblock regiert,

und daß es deshalb so schlecht ist. Er sagt nicht, daß seine Partei sich getauscht oder die Wähler belogen hat, als sie die Parole:

„Raus aus dem Dred!“

Forman einfachstes Mittel gegen Schnupfen wirkt frappant!

an alle Staatskassen flücht. Er gibt überhaupt keine Erklärung dafür, warum wir nun so viel tiefer im Dred-Stecken. Der Krieg liegt von Jahr zu Jahr weiter zurück, die Verhältnisse haben sich aber nicht gebessert, sondern verschlechtert. Dafür müssen doch Ursachen vorhanden sein. Und sie sind vorhanden, sie liegen darin, daß das Volk bei den Wahlen im Mai dem privaten Eigentum alle Tore geöffnet hat.

Die Demobilisationsbestimmungen wurden beiseite gelassen. Nachdem auf Drängen der Wirtschaft so viele Beamte abgebaut waren, warf man im Laufe der zwei Millionen Arbeiter und Angestellten auf die Straße. Gewissenlos trampelte das Kapital die Volksmassen in den Dred, um sich selbst wieder zu mästen. Aber damit hat die Wirtschaft zugleich auch ihre eigene Existenzmöglichkeit vernichtet, denn die Arbeitslosen konnten nichts kaufen.

Die Konurse und Geschäftsaussichten
liegen gewaltig an. Wir hatten im vorigen Jahre in Breslau 128 Konurse und 288 Geschäftsaussichten zu verzeichnen, eine ganz ungeheuerliche Zahl. Und die Arbeitslosigkeit ist nicht das einzige, was die Bevölkerung drückt, es kommt dazu

der ungeheure Zollwucher.
Er verteuert die Lebenshaltung der Bürger, er verteuert die städtische Verwaltung in Bezug auf Krankenhäuser und andere Einrichtungen. Er zwingt die Stadt zu höheren Wohlfahrtsausgaben, zu höheren Löhnen und Gehältern, die alle nur in die Taschen der Agrarier fließen. Seit der Wahl von 1924 stieg

der Brotpreis von 24 auf 38 Pfennige,
Fleisch, Milch, Kartoffeln, überhaupt alles, was im Haushalt gebraucht wird, ging ähnlich im Preise in die Höhe. Wie sehr dem Volk das Leben seitdem schwerer gemacht wurde,

das zeigen die Selbstmorde,
die in Breslau von 145 im Jahre 1923 auf 192 im Vorjahre angewachsen sind.

All das zeigt sich nun auch in der Entwicklung des städtischen Haushalts. Der Netto-Haushalt stieg vor dem Kriege entsprechend der Stadientwicklung jährlich um eine reichliche Million. Er lag 1914 eine Einnahme und Ausgabe von 45,7 Millionen vor. Zehn Jahre später, im Wahljahr 1924, belanzierte er mit 54,3 Millionen, er war also um weit weniger als eine Million jährlich gestiegen. Dabei hatten wir den Achttundentag eingeführt, die Löhne der untersten Arbeitergruppen wesentlich erhöht und auch die jämmerlichen Armenunterstützungen der Vorkriegszeit wesentlich aufgebessert.

Es ist auch nicht zu vergessen, daß die Mark von 1924 nicht den gleichen Wert hatte als die von 1914. Die 54,3 Millionen von 1924 waren nicht mehr als die 45,7 Millionen von 1914. Trotz Achttundentag, höherer Löhne, höherer Unterstützungen und einer vermehrten Zahl von Unterstützungsempfängern hat sich also der Finanzbedarf der Stadt unter der sozialdemokratischen Mehrheit überhaupt nicht erhöht.

Und nun regieren die Bessermacher in Stadt und Reich. Die Leute, die den Wählern 1924 das Blaue vom Himmel versprochen haben. Vor allem sollte ja auch in den Städten viel sozialer gerechtfertigt werden. Es wurde behauptet, daß die Sozialdemokraten das Geld der Bürger verschleudern, daß sie Kapitalverwertung trieben, daß sie „pro domo“ das heißt, zum eigenen Vorteil, wirtschafteten. Und nun? Wie steht es jetzt mit dem Bessermachen?

Der vorjährige Netto-Etat belief sich auf 85,6 Millionen. In zwei Jahren also eine Steigerung um 31,3 Millionen! Herrn Hanke ist das zwar auch gefallen, er sagte aber, in Anbetracht der Geldentwertung biete die Höhe des Netto-Etats noch keinen Anlaß zu besonders schweren Bedenken. Jetzt nach einem Jahre steht aber fest, daß der vorjährige Etat, obwohl er balancierte,

ein Defizit von 12 Millionen
hinterließ. Und dieses Defizit stellt sich in um so krasserem Lichte dar, als die sozialdemokratische Mehrheit ihr letztes Jahr mit 7 Millionen Ueberschuß abgeschlossen hat, die der gesunde Kammerer allerdings in Reserve verstaft hielt.

Der jetzt vorliegende Netto-Etat balanciert mit 96,9 Millionen, das ist

eine weitere Steigerung von 11,3 Millionen.
Dabei steht zu befürchten, daß auch das neue Jahr wieder mit einem erheblichen Fehlbetrag enden wird. Ist doch der ursprüngliche Bedarf von 123,9 Millionen um 8,4 Millionen höher gewesen, als er jetzt im Etat Deckung gefunden hat. Davon sind 6,2 Millionen dem Wohlfahrtsamt getrieben worden, die mit großer Wahrscheinlichkeit nachbemerkt werden müssen.

Der Brutto-Etat hat sich von 104,2 auf 115,5 Millionen erhöht, das ist eine Steigerung von 11,3 Millionen. Da das Wohlfahrtsamt bei dieser Steigerung nur mit 3 Millionen beteiligt ist, die allerdings nicht reichen werden, kommt im Etat doch eine etwas

größere Reglementierung der Stadtverwaltung
zum Ausdruck. Die Last des Wohlfahrtsamts ist allerdings ein ganz fürchterliches Hemmnis für eine gesunde Stadtentwicklung. Das Wohlfahrtsamt ist mit 22,4 Millionen Ausgabe verzeichnet. Die getriebenen 6,2 Millionen werden mir wohl hinzuzählen müssen, so daß wir auf 28,6 Millionen kommen werden. Vor dem Kriege belief sich der ganze Wohlfahrtsetat auf 4,4 Millionen. Damals waren die Unterstützungssätze allerdings viel zu niedrig, aber wenn man annimmt, daß der Etat des Wohlfahrtsamts heute normalerweise 10 Millionen betragen müßte, dann bleiben noch 18 Millionen, die wir als Kriegs- und Krisenfolge zu tragen haben. Ungeheuer viel Neße sich mit dieser Summe anfangen, die heute ganz unproduktiv verwendet wird.

Der Wohlfahrtsetat frisst alle Betriebsüberschüsse
und einen Teil der Steuern auf. Die gesamten Einnahmen aller städtischen Betriebe und Unternehmungen belaufen sich nur auf 24 Millionen, und da sie 10,1 Millionen Ausgaben verursachen, ergeben sie einen Ueberschuß von 13,9 Millionen. Also müssen neben den gesamten Betriebsüberschüssen noch 16 Millionen Steuern zur Deckung der Wohlfahrtsausgaben herhalten.

Diese Wirtschaft geht nicht mehr so weiter, es muß auf stärkere Arbeitsbeschaffung durch Reich, Staat und Gemeinde gebrungen werden. Die Privatwirtschaft ist gar nicht mehr in der Lage, die Dinge meistern zu können, selbst wenn sie den guten Willen hätte, der ihr fehlt.

Um den Etat zu balancieren, sollen die städtischen Betriebe ganz ungeheure Ueberschüsse abliefern.

Der Gasprets
soll von 18 auf 21 Pf. erhöht werden, wodurch sich der Ueberschuß der Gaswerke von 3,9 auf 5,4 Millionen erhöht. Einst konnten wir in besseren Zeiten den Gaspreis von 20 auf 18 Pf. herantzerlegen, lange aber haben sich die Verbraucher dieses sozialdemokratischen Erfolges nicht zu erfreuen gehabt; die Wirtschaft der Ketzer sorgt schon dafür, daß alles wieder teurer wird.

Der Elektrizitätsprets
soll von 40 auf 45 Pf. erhöht werden, wodurch sich der Ueberschuß der Elektrizitätswerke von 5 auf 6,9 Millionen erhöht. Einst wurden unter der sozialdemokratischen Mehrheit die Wasserkraftwerke gebaut, um Elektrizität billig zu erzeugen. Doch der Mensch denkt und Gott Kammon lenkt. Er hat es jedenfalls anders gekannt, als wir gedacht haben. Der Besitz triumphiert. Die Aktienbesitzer des Elektrizitätswerts Schließen reiben sich vergnügt die Hände, denn wenn die Stadt den Elektrizitätspreis erhöht, können sie den Preis auch erhöhen, und wenn die Stadt das Geld zur Unterstützung der Wohlfahrtsamts braucht, dann werden sie die gleiche Summe in ihre Taschen. Die „Wirtschaft“ weiß schon, wie sie sich gesund machen kann.

Der Wasserprets
steigt von 16 auf 18 Pf., außerhalb des Stadtgebiets von 23 auf 28 Pf., wodurch der Ueberschuß der Wasserwerke von 334 000 Mark auf 1,19 Millionen Mark gesteigert wird. H. v. S. Stadtsens darf

mit dem Wasser überhaupt kein Geschäft gemacht werden, aber wahrscheinlich soll nun das die reinliche Wirtschaft“ sein, die die Schwarz-Weiß-Koten den Wählern vor der letzten Wahl versprochen haben. Die sich Wein leisten können, werden die Wasser-Verzehrung auch nicht besonders schwer empfinden. Anders die Armen, die wegen der hohen Wasserkosten vom Hauswirt geschuhriegt werden.

Der Straßenbahn-Jahresprets
wird auch von 15 auf 20 Pf. erhöht, wodurch man den Ueberschuß von 1,7 auf 4,1 Millionen zu erhöhen hofft. Da werden wir nun und empfohlen Sport und Wanderungen, aber zugleich erschweren wir es der Bevölkerung, sich drauhen anzufriedeln oder auch nur Sonntags hinauszufahren. Der erhöhte Straßenbahn-Jahresprets frisst allein schon fast jede Lohnerhöhung auf, die irgend eine Arbeitergruppe in der letzten Zeit erzielen konnte. Wir müssen daran denken, daß erst neulich die Rückfahrkarte aufgehoben und damit der 12½-Pfennig-Tarif beseitigt wurde. Die Preissteigerung beträgt also innerhalb kurzer Zeit 7½ Pfennige.

Die Gewerbetreibenden
haben auch mit wenig Freude davon Kenntnis genommen, daß die Gewerbesteuer vom Ertrage von 350 auf 480 Prozent und vom Kapital von 700 auf 980 Prozent erhöht werden soll. Bestenfalls bleibt hier die Benutzung, daß infolge einer anders gartierten Errechnung der Steuer ein Teil der Gewerbetreibenden von der Erhöhung nicht berührt wird. Die Steuer könnte aber auch ohne Erhöhung weit mehr bringen, wenn wir gezeigte Handelsbeziehungen zu Polen hätten. Der Stadt und dem Gewerbe wäre damit gedient, aber von den Zollnern und Sündern, die zurzeit im Reiche regieren, kann man eine vernünftige Handelspolitik nicht erwarten. Polnische Arbeiter dürfen zwar herein, um auf den Gütern der Agrarier billig zu arbeiten, die polnischen Schweine aber haben die Suche, und die polnischen Gänge haben die Cholera zwischen den Federn. So etwas darf aus Polen nicht herein, und deshalb läßt Polen auch von uns nichts zu sich herein. Deshalb stehen bei uns die Fabriken, deshalb gebeißt die Breslauer Messe nicht.

Aber auch die Mieter
müssen jetzt spüren, daß sie von den roten Ketten befreit sind. Das Reich erhöht die Mieten um zwei mal zehn Prozent, und die Stadt legt noch ein bescheidenes Prozent mehr drauf. Die Grundvermögenssteuer wird auf 25 Prozent erhöht, womit dann die Mieter von der Stadt mit fünf Prozent der Friedensmiete belastet sind.

Die Getränkesteuer
ist in Berlin bis auf die Steuer auf Bier gefallen. Wir trauern nicht darum, aber wir fragen, welchen Ertrag uns das Reich nun gibt. Die Biersteuer wird uns nur 600 000 Mark einbringen, während wir aus der Getränkesteuer 1,6 Millionen eingenommen haben. Um eine Million wird also der Etat abermals verschlechtert. Statt hierfür Ertrag zu erhalten, hören wir, daß

die Okebeihilfen von 41 auf 25 Millionen herabgesetzt
und daß Bayern bezüglich der Reichssteuer besonders begünstigt werden soll. Die unerhörte hohe Zuckersteuer soll erhalten bleiben. Andere Verbrauchssteuern will man noch erhöhen. Die Lebensmittel sollen auch noch erhöht werden, denn das ist ja der ganze Zweck der deutschen Nationalen Regierung. Ganz ungeheuerliche neue Lasten dröhen den Gemeinden, der Finanzausgleich aber läßt auf sich warten. Die Zustände sind so schlimm, daß der preussische Ministerpräsident Braun bereits damit gedroht hat

die Reichsregierung vor den Staatsgerichtshof
zu laden, der die Reichsregierung über die Verfassung belehren soll. Diese Regierung denkt nur an die Junker, an die Industriearbeiter; die Sorge um die unglücklichen Kriegs- und Inflationsopfer aber bürdet man den Gemeinden auf.

Bei dieser Sachlage fällt es natürlich schwer, irgend etwas zu kritisieren, was in der Gemeinde besser sein sollte. Wir wissen, das Hauptübel liegt beim Reiche. Aber

die Klagelieder des Oberbürgermeisters,
die wir immer wieder zu hören bekommen, werden da keine Aenderung bringen. Der Befizbürgerblock swert sich den Teufel um das Wohl einer Stadt und einer Provinz, die am schwersten unter seiner Politik leidet. Es muß an das Volk appelliert werden. Das Volk hat es bei den Wahlen in der Hand, eine Aenderung herbeizuführen.

Trotzdem der Etat so schlecht ist, möchte ich den Kammerer fast loben. Ich wünschte, wir hätten ihn während unserer Mehrheit gehabt, während ich der heutigen Mehrheit den früheren Kammerer wünschte. Es ist gar nicht auszubedenken, wie er sich mit den Ergebnissen der Ketzerpolitik abgefunden hätte. Ich möchte loben, daß

die Straßenbeschattung
trotz unserer großen Nöte wieder etwas besser werden soll. Die Zahl der Gaslaternen wird von 6200 auf 8000 vermehrt. Die Zahl der elektrischen Lampen von 1193 auf 2019. Petroleumlampen sollen wie im Vorjahre 300 im Betriebe bleiben. Hoffentlich wird es mit dieser Vermehrung der Lampen in den Vorstädten etwas mehr Licht.

Unsere Promenaden
sind mit Hilfe von Kostlandsarbeitern wieder besser instand gekommen. Die Instandhaltung erfordert nun natürlich höhere Mittel, und wenn sich der Zuschuß von 585 100 auf 888 800 Mark erhöht, dann ist es mir lieber, als wenn man früher aus den Promenaden eine Wiegwende machen wollte.

Die Bedürfnisanstalten
werden um drei Neubauten vermehrt, und sieben geschlossene gewesene Anstalten werden wieder eröffnet. Die Steigerung des Zuschusses von 17 300 auf 98 000 Mark ist eine notwendige Vermehrung der Ausgaben.

Bei der Feuerweh
erhöht sich das technische Personal von 245 auf 271 Mann, womit sich unsere Sorge um die Feuerficherheit der Stadt verringert. Merkwürdigerweise erhöht sich aber der Zuschuß nur von 952 400 auf 968 995 Mark, was wohl mit der Angliederung des städtischen Automobilparks an die Feuerweh zusammenhängt.

Der Etat der Säber
werden wir uns aber recht genau ansehen müssen. Man wird kurzig, wenn man liest, daß sich der Zuschuß von 91 400 Mark auf 18 506 Mark verringern soll. Bei näherem Zusehen findet man

in einer Randbemerkung den Grund darin, daß der Preis für ein Drausehab von 15 auf 20 Pf. und für ein Wannenbad von 40 auf 50 Pf. erhöht werden soll. Das ist für meine Partei um so untragbarer, als sich beim Salenschwimmende die Ausgabe um 45 000 Mark, die Einnahme aber nur um 24 960 Mark erhöhen soll.

Die Friedhöfe
erfordern 179 200 Mark Zuschuß, da sich im Gegenzug hierzu das Krematorium selbst trägt, ist die Allgemeinheit neben den sanitären und idealen Gründen auch aus materiellen Gründen sehr am Fortschritt der Feuerbestattung interessiert. Auch auf das städtische Bestattungsamt sollte die Bevölkerung öfter hingewiesen werden.

Das Geschäft in Schottig
geht schlecht. Der Nachhins für die Jahrhunderthalle, den die Messegesellschaft mit 10 Prozent ihres Reingewinnes bezahlt, verringert sich von 10 000 auf 5000 Mark. Die Halle steht noch mit 200 Mark Ueberschuß im Etat, gegen 6500 Mark im Vorjahre.

Beim Hagen
verringert sich der Zuschuß von 280 300 auf 136 800 Mark. Leider deutet auch das gar nicht auf eine wirtschaftliche Besserung vielmehr sind die Einnahmen durch Gebührenerhöhungen vermehrt, und die Ausgaben so weit wie möglich herabgedrückt worden.

Bei den Schulen
ist die Gewährung von vierzig neuen Volksschulklassen anerkannt zu erwähnen, aber die durchschnittliche Schülerzahl erhöht sich je Klasse dennoch von 41,63 auf 42,05, während sie bei den höheren Schulen von 32,5 auf 32,2 sinkt. Der Zuschuß für Unterrichtsmittel und Schulausstattung trägt der Not der Zeit nur sehr ungenügend Rechnung. Für Schreib- und Zeichenbedarf der Ganz- und Halbfreischüler sind nur 20 000 Mark eingestellt, also 1000 Mark weniger als im Vorjahre, und für Schulbücher nur 32 000 Mark, also 7000 Mark weniger als im Vorjahre. Dabei werden nun die neuen Schulbücher eingeführt, neue Atlanten, Geographie- und Erdkundebücher. Die armen Eltern werden die Bücher sehr oft nicht bezahlen können. Auch für die Schulbücher ist bei den Volksschulen sehr ungenügend geforgt. Es entfallen auf eine Klasse nur 8 Mark, gegen 50 Mark bei den Mittelschulen und 100 Mark bei den höheren Schulen. Notwendig ist auch eine

Versicherung der Kinder gegen Unfälle.
Mit dem erweiterten Turnbetriebe und den vermehrten Wanderungen sind natürlich auch Unfälle mit Arztbehandlung und verschiedenen Kosten verbunden. Wir hatten es für selbstverständlich, daß die Stadt dafür aufkommt, und daß man den Eltern nicht die Sorge überläßt. Dazu wäre eine Versicherung nötig, die die Stadt selbst einrichten könnte, und in die sie einen bestimmten Jahresbeitrag zu zahlen hätte. Uns ist bekannt, daß es im vorigen Jahre bei drei Unfällen mit nachfolgender Behandlung im Krankenhaus hinsichtlich der Kostenfrage unliebsame Auseinandersetzungen gegeben hat.

Bei den gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen
sind organisatorische Mängel zu überwinden. Die Zahl der Schulen muß auf den Friedensstand vermehrt werden, wobei auch die Eingemeindungen zu berücksichtigen sind. Die Raumfrage muß bei diesen Schulen endlich gelöst werden, damit auch alle weiblichen Schulentlassenen aufgenommen werden können. Bei der ständigen Zunahme der Schülerzahl der städtischen Berufsbildungsschule wird auch an deren Erweiterung zu denken sein. Die Handwerker- und Kunstgewerbeschule muß ebenfalls in neuen Räumen untergebracht werden. Hoffentlich gelingt es dem neuen Direktor, die rechte Abgrenzung zwischen der staatlichen Akademie und seiner Schule zu erreichen.

Ein Beispiel für falsche Sparjamkeit
ist noch aus dem Wohlfahrtsetat zu erwähnen, man wird aber auch die anderen Etats bei der Einzelberatung daraufhin durchsehen müssen. Man will hier alle aus dem Vorjahre übernommenen Bestände des Bekleidungsamts ausverkaufen, und wegen der schlechten Finanzlage erst im nächsten Jahre an Neubeschaffung denken. Bis dahin will man sich durch einen Betteil am Kleidungsstücke bei der Bürgerschaft durchsetzen, die man reparieren und umändern will. Ich möchte warnen, daß das Wohlfahrtsamt oder irgend eine andere städtische Verwaltung so mit ihren Beständen verfährt. Alle Preise sind im Steigen, und man wird im nächsten Jahre nur alles um so teurer bezahlen müssen.

Die Polizeikosten
erfahren auch wieder eine unerfreuliche Steigerung. Der städtische Zuschuß zur staatlichen Polizei vermehrt sich von 900 000 Mark auf 1 156 800 Mark. Der Regierungspräsident hat festgestellt, daß der Mibetrag höher gewesen ist, als der vorjährige Sollbetrag in unserem Etat. Wir müssen hier bezahlen, was man von uns verlangt, ohne daß wir auf die staatliche Polizei einen Einfluß haben, hoffentlich wacht aber der Magistrat darüber, daß die Stadt nicht mit einem ungehörlich hohen Kostenanteil belastet wird.

Die städtischen Finanzinstitute
stefern leider gar nichts zur Verbesserung des Etats. Die städtische Sparkasse hat 1925 einen Ueberschuß von 423 145,40 Mark und die städtische Bank einen solchen von 314 535,15 Mark erzielt, in beiden Fällen aber müssen Sicherheitsvermögen und Reserven erst wieder aufgefüllt werden, bevor uns der Ueberschuß zugute kommt.

Aus Gemeindesteuern
werden nach dem Fall der Getränkesteuer 19,2 Millionen erwartet, gegen 16,4 Millionen im Vorjahre. Aus Reichs- und Staatssteuern werden nur 17,7 Millionen statt 17,3 Millionen im Vorjahre erwartet. Wenn wir bedenken, daß wir 1913 11,9 Millionen Zuschuß zur Staatseinkommensteuer selbst erhoben haben, jetzt aber nur 11,6 Millionen aus der Einkommens- und Körperschaftsteuer in der stark entwerteten Mark erwarten dürfen, dann zeigt auch dies, wie schlecht wir vom Reiche behandelt werden.

Die Zahl der Hunde
ist zurückgegangen. Es werden noch 8900 voll versteuert, für 690 wird eine ermäßigte Steuer bezahlt und 1200 sind steuerfrei. Das Einkommen aus der Hundsteuer verringert sich von 900 000 auf 750 000 Mark.

So übel nun auch unser Etat aussieht, so wenig darf er uns für alle Zukunft verzweifeln lassen.

Die Eingemeindung
steht uns vor neue große Aufgaben, und das aufgestellte Budgetprogramm will gelöst sein. So bedauerlich es ist, daß wir in so starkem Maße zur Anleihenwirtschaft gedrängt werden, bleibt doch die Schaffung von neuen Werten durch Arbeit die Hauptaufgabe. Arbeitsbeschaffung verringert die unproduktiven Millionen des Wohlfahrtsamts. Wir dürfen erwarten, daß neue Wahlen uns stärker Luft schaffen, und daß das Volk auf lange Zeit hinaus von dem Glauben an logenannte Ketzer kurzeit ist. Meine Partei geht an die nähere Beratung des Etats mit dem Hinweis:

Das ist eure große Schuld!
Wir können den Ketzerparteien diese Schuld nicht abnehmen, haben selbst dazu auch keine Lust. Zahlen sind beweiskräftiger als Phrasen, und die Zahlen dieses Etats werden auf lange hinaus beweisen, wie es mit dem Bessermachen der anderen bestellt ist.

Stadtn. Seppelt (3tr.)
wies darauf hin, daß eine der Hauptursachen unserer Not der deutsch-polnische Zollkrieg sei, der auf dem Rücken von Breslau und Schläfen ausgegossen werde. Breslau müsse die Führung bei der Protestation des Ostens gegen die Benachteiligung seiner Interessen übernehmen. Die Verbindung mit den Parlamenten müsse enger geknüpft werden. Der neue Etat stehe im übrigen auf recht unglücklichen Füßen, denn er sehe 3. B. keine Mittel für die im Reich kommende Beamtengehältererhöhung vor, die die Stadt mitmachen müsse. Weiterhinz sprach Stadtn. Seppelt hauptsächlich über die Mängel des Breslauer Schulwesens.

Fahrrad und Reifen

Continental

Reifen

Wählen Sie immer die stärksten und besten Continental-Reifen, die in der Welt sind, denn diese sind die einzigartigsten Reifen überhaupt.

Stadtv. Stein (Woll.)

verbreitete sich hauptsächlich über im neuen Etat nicht berücksichtigte Gehalts- und Gruppierungswünsche und greift im übrigen die Sozialdemokraten in recht ungeschickter Weise an.

Stadtv. C. W. Wolf (Dem.)

wandte sich gegen die viel zu hohe Gewerbesteuer, die die Wirtschaft der Stadt Breslau noch mehr schädigen müsse. Der Grundbetrag sei unermäßig niedrig, die Zuschläge seien zu hoch. Das Gleiche sei bei der Kapitalertragssteuer der Fall. Insbesondere wandle sich der Redner die finanzielle Unterstützung des Sonderunterstützungsantrages für die Arbeitslosen. (1) Die Polizeikassen dürfen nicht noch erhöht werden.

Stadtv. Ammon (Komm.)

sah die Ursache der kommunalen Destruktivität in der Reichspolitik, der Annahme des Dawesplans, dessen Zahlungen aus den Lohn- und Gehaltsempfängern herausgezogen werden. Der Rest habe dagegen Steuerzuschüsse; auch in Breslau könne bei richtiger Einwirkung der hohen Steuerzuschüsse ein großer Beitrag für die Stadt flüssig gemacht werden. Die städtische Siedlungsgesellschaft griff er wegen der auch von ihr durchgeführten 10prozentigen Mieterhöhung an. Er verlas eine Resolution gegen den Finanzausgleich, gegen die Mieterhöhung und für den Abstützungsantrag, deren Annahme er beantragte.

Stadtv. Siebruner (Arbeitnehmer)

griff ebenfalls die Wohnungspolitik des Magistrats an und verlangte eine Erhöhung der Wertzuwachssteuer. Die Sitzung, die um 9 Uhr auf zehn Minuten durch eine Geheimhaltung unterbrochen wurde, wurde um 11 Uhr geschlossen, nachdem der Etat dem Etatsauschuß überwiesen und die Resolution der Kommunisten, ebenso wie vorher eine Anfrage der Sozialdemokraten wegen der Mieterhöhung, wegen Beschäftigungslosigkeit des Hauses auf die nächste Tagesordnung gesetzt worden waren.

Von den zu Anfang der Sitzung noch erledigten kleinen Vorlagen sind noch zu erwähnen die nachträgliche Verstärkung des Etats des Jugendamts für 1926 um 335 470 Mark und die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die städtischen Beamten und Angestellten. Bei dieser Vorlage wies Stadtv. Rinde (Soz.) darauf hin, daß die Reichsregierung mit ihrer Mietpolitik und ihrem Finanzausgleich die Schuld an dieser Erhöhung der kommunalen Lasten tragen.

Der Barbe-Prozess mit Hindernissen.

Die Verhandlung vor dem Großen erweiterten Schöffengericht gegen Barbe und Genossen mußte am gestrigen Tage vertagt werden, da der Gerichtsassessor, der als Hilfsrichter an der Verhandlung teilnimmt, nicht erschienen war. Vergeblich wartete man mehrere Stunden auf sein Erscheinen. Schließlich wurden die für Vormittag geladenen 18 Zeugen entlassen und für Sonnabend bestellt, der eigentlich verhandlungsfrei bleiben sollte. Da weitere 18 Zeugen für mittags 12 Uhr geladen waren, mußte der Gerichtshof nochmals zusammenzutreten, um diese Zeugen ebenfalls für Sonnabend zu bestellen. Ausgeblieben als Zeugin war die Schauspielerin Hella Kuryt. Sie hatte in einem Schreiben dem Gericht mitgeteilt, daß sie unathemlich sei, weil sie in Berlin alleabendlich die Hauptrolle in der Operette „Der Hampelmann“, spielte und der Direktor sie von ihrer Verpflichtung nicht entbinde. Das Gericht behielt sich vor, falls sie als Zeugin benötigt wird, sie nachmals laden zu lassen.

Inzwischen soll von dem Hilfsrichter die Nachricht eingegangen sein, daß er unathemlich gewesen sei und am heutigen Tage wieder erscheinen werde. Das Gericht hatte sich am gestrigen Tage schon dahin geäußert, daß es ohne den Hilfsrichter weiter verhandeln wollte, da doch hoffentlich keiner der fungierenden Richter krank werden würde. Durch diesen Zwischenfall wurde mit der Zeugenvernehmung erst am heutigen Tage begonnen.

Heute 7 1/2 Uhr

ist das Frühjahrsfest der Arbeiterkinderfreunde in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße 11. Eltern und Freunde der Kinder! Unterstützt freundlich durch euren heutigen Besuch die Ferienarbeit der Kinderfreunde. Musik, Gesang und Tänze der Gruppenkinder machen den Abend zu einem Erlebnis. Der Eintrittspreis beträgt für Gäste 40 Pf., Mitglieder und Jugendliche 30 Pf., Kinder 15 Pf.

Arbeiter-Wohlfahrtsauschuß.

„Fürsorgeerziehung einft und jetzt“ lautete ein Vortrag, den Genosse Grohmann in der letzten Sitzung des Arbeiter-Wohlfahrtsauschusses hielt. Der Vortragende schilderte in seinen interessanten Ausführungen zunächst die sogenannte Rettungsarbeit der früheren Zeit, die völlig ihren Zweck verfehlte. So sehen Strafverbordnungen aus dem Jahre 1907 noch bis zu dreifsig Stockhiebe vor, die man dann auf zwanzig „herabmilderte“. Auch furchtbare Fesselungen gehörten nicht zur Seltenheit. Von ihnen machte man schon bei den geringsten Anlässen Gebrauch. Nachdem dieser unhaltbare Zustand mehr als 23 Jahre bestanden hatte, wurde er endlich 1924 durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz abgelöst, das eine Anzahl von Verbesserungen brachte, die jedoch noch nicht so ausgeht sind, wie dies als nötig erscheint. Der Redner ging dann näher auf diese gesetzlichen Bestimmungen und ihre Auswirkungen ein. Die guten Erfolge dürfen nicht verkannt werden und der Redner belegte diese Ausführungen mit erfreulichem Zahlenmaterial. Aber umgekehrt zeigte eine Glendskritik, aus welchem familiären und sonstigem Milieu die Fürsorgejünglinge hervorgegangen sind. Hier sind gar oft die unglücklichsten Familienverhältnisse für das fernere Wohl und Wehe eines jeden Kindes bestimmend. Im großen und ganzen bedeute das Gesetz einen Segen für die Menschheit, und besonders für die Jünglinge, die den festen Voratz haben, sich besser zu wollen. Reicher Beifall lohnte den Redner. In der Aussprache fanden weitere Redner volles Verständnis für diese erzieherische Angelegenheit im Dienste der humanitären Bettebung. Zur Mitarbeit sei jeder herufen, der sich für diese gewiß ideale Sache interessiert. Allgemein wurde auch der Wunsch auf Schaffung von interkonneffionellen Anstalten ausgesprochen, wie solche bereits unter anderem in Sachen mit recht gutem Erfolge errichtet sind. Mit Abschluß dieser Versammlung ging der Arbeiter-Wohlfahrts-Auschuß in die Sommerpause.

Der Friseur, das Stiefkind der Zeit.

Die Arbeitsgemeinschaft für das Breslauer Friseur- und Haargerwerbe schreibt uns: In der Zeit vor dem Kriege war der Friseur an eine bestimmte Arbeitszeit nicht gebunden. Diese betrug in der Regel an Wochentagen vierzehn, Sonnabend sechs und Sonntag acht Stunden. Erst die Regelung der Arbeitszeit auf dem Verordnungswege änderte diesen Zustand. Durch vertragliche Vereinbarung sind Arbeitsbeginn und Arbeitende der Geschäftszeit angepaßt. Zur Uebervachung dieser Vereinbarung haben sich Vertreter der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die in letzter Zeit durchgeführte Kontrollen haben ergeben, daß zum Teil diese Abmachungen nicht in eingehalten werden. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten sehr wenig Rücksichtnahme auf den Friseur vorhanden ist. Sie sind es, die häufig nicht nur für den Lebensschick die Friseurgeschäfte aufsuchen und über den Geschäftsschick hinaus beehrt werden wollen, sondern auch die sich zur Verfügung stellenden Kollegen.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Nummer 36

Die Mitwirkenden! Das zur Ausgabe gelangte Flugblatt wird Sonntag beim Kassieren der Beiträge zur Anfertigung ausgeben. Die Mitglieder der Partei sollen sich die Zeit nehmen, die Beiträge zu zahlen. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Freiwilliges Jugendfeuerwehr.

Zur Wehr werden noch eine Anzahl Kollegen zur Mitwirkung gewünscht. Es ist unbedingt notwendig, daß sich recht viel Kollegen und Kollegen an der Seite abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, stattfinden. Die Beiträge sind zu zahlen am Sonntag, den 4. April, abends 8 Uhr, bei K. 111, am Mühlweg 24. Zulassungsmittler für die Mitglieder sind die Mitglieder der Partei.

Table with weather forecasts for various locations including Breslau, Grotta, and others. Columns include location, temperature, and weather conditions.

Table with weather forecasts for various locations including Breslau, Grotta, and others. Columns include location, temperature, and weather conditions.

Business notices and advertisements for various services and products, including a notice about a lost document and a notice about a meeting.

Arbeiter-Sport. Notice about a sports event organized by the workers' sports association, including details about the event, location, and contact information.

Advertisement for Eisenhandlung Zentrum (Iron and Steel Center) located at Oderstraße 3. The ad lists various iron and steel products and their prices.

600 Stück elegante, hochmoderne Frühjahrsmäntel

Backfisch- u. Damen-Mäntel

Damenmäntel aus guten, haltbaren Stoffen, mit hübsch. Seitengarnierung, St. 10.50 **7.50**
Damenmäntel aus pa. Covercoat, modernes, tadelloser Verarbeitung . . . Stück **13.50**
Damenmäntel aus la. Shetland (der bevorzugte Frühjahrsstoff) in vielen sparten Machart, z. Teil mit vorrech. Faltengarn, bis Gr. 50, 21.00, 19.50 **14.50**
Backfisch- u. Damenmäntel aus la. Rips, Schallensips und eleg. Charmelaine, durchweg erstklassige Qualitäten und hochfeine Fassons mit seitlicher Faltenparbe, nur schöne Farb., 33.00, 27.00, 24.50 **19.75**
Elegante Damenmäntel aus schwarzer und marineblauer Seide, in sparten, hochmodern. Fassons, Stück 39.00, 32.00 **29.00**
Frauenmäntel aus pa. schwer. Rips, in feinen, soliden Frauenfassons und schönen, gedeckten Farben, in allen Größen, sowie extra lang, zum Teil halb auf Seidendamassé gefüllt, 47.00, 38.00 **33.00**

Sehr billig!
Damen-Gummimäntel durchw. erstklass., prima Qualitäten mit guter Gummierung, in mehrer. praktischen Farben, St. 17.50, 12.50 **9.50**

Billige Mädchen-Frühjahrs-Bekleidung

Mädchenkleider wie Abbild in hübsch Karos, mit halb. Arm und gezogenem Rock, auch als Schulkleid geeignet, für 5-14 Jahre, Stück **3.25**
Mädchenkleider z. reinwoll. Popeline, in vielen modernen Farben, mit Plisseerock u. bunter Kurbelsticherei, für 5-14 Jahre, Stück **7.25**
Reizende Mädchenkleider aus kariert. Waschseide, ganz modern verarbeitet, in schönen, neuen Must., für 5-14 Jahre, Stück **4.25**
Mädchen-Schulkleider aus glatten Zephirstoff, m. bunter Paspelier., f. 5-14 J., f. 5 J. Stück **2.75**
Spielanzüge für Knaben und Mädchen, aus gestreift. Waschtuch, in verschied. Farb., f. 1-4 J., f. 1 J. St. **1.10**
Kinderkleidchen z. reinwollenen Cheviot und Tuch, in schönen Farben u. reiz. Verarb., tadellos Sitz, für 1-3 Jahre, durchw. St. **3.00**

in hervorragend schöner und guter Ausführung, durchweg aparte neue Fassons und Farben, in unseren anerkannt guten Qualitäten
zu fabelhaft spottbilligen Extrapreisen!



Backfischmäntel aus pa. Shetland in tadelloser Verarb., Paßformst. **14.50**
Jugendl. Mantel aus gut. Foulé, in covercoatähnlich. Sportfarben, Stück **16.50**
Damenmantel z. la. Impragn. Frühjahrsstoff, in Rücken- und Rücken-falten, Stück **17.50**
Damenmantel aus erstklass. steingrauen u. rosenshwarz. Frühjahrsst. **19.50**
Eleg. Damenmantel z. la. Shetland, mit vornehmer Biesengarnier., u. fa. bigem Unterkrag., Stück **19.50**
Flott. Damenmantel aus pa. Wollrips, in viel. neuen Farb. St. **24.00**
Damenmantel aus la. Wollrips in vielen feinen Modelfarben, m. hübscher Faltengarn., Stück **29.00**

Damen- und Backfisch-Kleider

Praktische Damenkleider aus Musselino, Zephir, auch K. Seide, schöne Verarbeitung, in allen Farbentstellungen . . . Stück 7.50, 4.50 **2.50**
Moderne Damenkleider auch für Backfische, Popeline, Ripspopeline usw., in vielen feinen Farben und erstklassiger, flotter Verarbeitung . . . Stück 11.50, 8.90 **6.90**
Elegante Frauenkleider aus hochwertigem Rips u. Ripspopeline in schönen, soliden Farben, alle Größen und durchweg gute Paßform, gediegene Fassons . . . Stück 33.00, 29.00 **25.00**
Schicke Damenkleider aus pa. Crêpe de Chine, Eolienne, Tafel und anderen pa. Seidenstoffen, für Damen und junge Mädchen, s. flotte, schöne Fassons in sparten Farben, auch mit langem Arm. . . Stück 24.50, 19.50, 14.50 **9.50**
Kostümhülle für Damen und Backfische, aus schwarz u. marinebl. Cheviot, in guten Qualitäten sowie praktischen haltbaren Stoffen, in durchweg guter Verarbeitung, Stück 6.90, 4.90, 3.25 **2.50**

Damen-Windjacken aus guten imprägniert. Stoffen, flott verarbeitet, gute, saubere Ausführung, Stück 13.50 **7.50**

Außergewöhnlich billige fesche Damenhüte

Fescher kleiner Damenhut aus guter Seide in braun und schwarz, mit Bandgarnierung u. Zier-nedel . . . Stück **5.50**
Flotter kleiner Damenhut aus prima Lederhals, schwarz u. braun, m. Band-garnier. . . Stück **6.50**
Mittelgroßer Damenhut z. weicher Ripseide, schöne Verarbeitung, sehr hellfarbig, Stück **3.50**
Aufgebogener Jugendl. Damenhut in hellen und dunklen Farben, mit buntfarbig. Band garn., St. **6.50**
Gubikopfhut kombiniert Strohhüte mit Seide, besond. kleid-sam, i. d. neuen d. Sommerarb., St. **4.25**
Frauenhut aus guter Seide, in schwarz und braun, mit schöner Band-garnitur . . . Stück **5.50**

Mehrere 100 Stück moderne, billige Kasaks in guter, sauberer Verarbeitung

Kasaks zum Teil aus Waschkrepp, Mousseline, Zephir usw., durchweg gute Qualitäten, in reichhaltiger Muster- u. Farbauswahl, m. kurzem oder lang. Arm **1.50**
Kasaks aus la. Schweizer Voll-Voile mit Fältchengarnierung u. Handhohlsaum, sehr fesche Formen, St. 9.50, 7.75, 4.90 **3.90**
Kasaks aus la. Wollstoffen, in schönen, mod. Streifen u. Karos, durchweg schön. Farbenstellg. Stück 5.90 **4.50**
Kasaks aus prima reinwollenen Popeline, in sehr schönen, modernen Farben, zum Teil mit elegant. Stickerei oder Treessengarnierung, St. 11.50, 9.50 **7.50**



Praktische, billige Knaben-Bekleidung

Knaben-Schulanzüge div. gute Noppenstoffe, für 3-9 Jahre, Stück **4.50**
Echt Kieler Anzüge wie Abbildung, gut blauer Tuchecheviot, eleg. verarb., im Karion, f. 3-12 J., f. 3 Jahre **10.50**
Knaben-Frühjahrsmäntel aus div. guten Stoffen und schön. Fass., f. 2-7 J. **4.95**
Knab.-Anknopfanzüge erstklass. blauer Tuchecheviot, f. 2-4 Jahre, für 2 Jahre **7.50**
Knaben-Windjacken aus guten imprägnierten Zeitbahnstoffen, für 6-14 Jahre, Stück **4.50**
Knaben-Hosen aus verschiedenen guten, schön gemusterten Noppenstoffen, sowie gutem blauem Tuchecheviot, für 2-14 Jahre **1.90**
Leibchenhosen für 2 Jahre Paar **1.90**
Kniehosen für 7 Jahre Paar **3.10**

Eröffnung

meiner **Spezial-Abteilung** für **Mädchen- und Backfisch-Konfektion**
 Albrechtstraße 3
Sonntag, den 10. April
 Beachten Sie meine Ausstellung!

Louis Lewy jr.
 DAMEN-MÄNTEL-FABRIK
 BRESLAU-RING 39-40

Kaufhaus Nothenberg
 Augustastr. 132 * Gräbischer Str. 86
 Scheffner Str. 19
 Reellste Bedienung Niedrigste Preise

Bettfedern
 Fertige Betten, Bettwäpche
 Eiserne Bettstellen
 für Kinder und Erwachsene
 Polstermatrizen, Chaiselongues
 reell und preiswert
Teilzahlung gestattet!
 Mücke, Lauenzistr. 51
 früher Reidenstraße 7

Die schönsten Frühjahrs-Anzüge und Mäntel
 kaufen Sie immer noch am **billigsten** im 7206
Herrenbekleidungshaus
 Nikolaistraße 48
 vis-à-vis d. Barbarkirche
 Hermann Patetzke

Oberbett, 2 Rippen
 mit rotem Inlett 91
 für 24.00 Stk. zu verkaufen
 Freiburger Str. 5, hp. links

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Der erste Eindruck ist entscheidend
 Zum Frühjahr?

Herren-Anzüge mod. Stoffe, in hell u. dunklen Farben 35.-, 30.-, 19.50
Herren-Anzüge in Gabardine und blauen Kammgarn, 1 u. II reihig, gute Verarbeitung 65.-, 55.-, 43
Sport-Anzüge in haltbaren Stoffen 50.-, 45.-, 25.00
Frühjahrs-Mäntel aus Gabardine, mod. Form 69.-, 58.-, 27.50
Gestr. Herrenhosen 15.-, 12.-, 9.50
Gummi-Mäntel von 12 an
Herren-Windjacken a. imprägniert. Stoffen 19.75, 16.50, 7.50
13.50, 9.50

Eugen Hamburger
 Spezialhaus für Herren-Bekleidung
 Teichstraße 31, Ecke Springerstr., Parterre u. I. Etage.
 2 Minuten vom Hauptbahnhof.
Am Sonntag, den 10. April, geöffnet!

„WALDFLORA“
 Die bekannten giftfreien Naturprodukte (keine Tox) sind in folgenden Nummern erhältlich:
 Bei: Gicht, Reußen, Rheuma, Lähmen, Adernverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offenes Bein, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung . . . Nr. 0
 Bei: Zuckerkrankheit . . . Nr. 1
 Blasenleiden . . . Nr. 3
 Nierenleiden . . . Nr. 4
 Gallenleiden, Asthma . . . Nr. 5
 Leberleiden . . . Nr. 6
 Magen- und Darmleiden . . . Nr. 7
 Nerven- und Herzstörungen . . . Nr. 8
 Stuhl-Störungen . . . Nr. 10
 Als monatliches Hausmittel verlängern Sie nur: Pflanz edel essenz. Eucalyptus-Öl in der Dreikantelflasche.
 Verkauf in Apotheken u. Drogerien. Druckschriften über „Waldfloren“ erhalten Sie dort kostenlos.
 Georg Rich. Pfing & Co., Gera (Thür.)
 Bestimmung z. haben: in Apotheken u. Drogerien
 Vertretung und Fabrikslager:
 Carl Fahr, Breslau, Krasnanbale 165.

Bettfedern
 (beste böhmische Landware)
 geschlossene und ungeschlossene Gänsefedern in nur besten Qualitäten empfiehlt
 Spezialgeschäft **Herzig, Matthiasstr. 100, I.** (Waterlooplatz)
 Straßenbahn wird vergütet.

26 Jahre seit 16 an einem blühenden
Herbig'sche Seife
 Ich möchte die berühmtesten Mittel hergestellt an. Durch Geheim-
 aufgabe mit **Herbig'sche Seife** erziele ich
 Dörrschnee's Wirkung. So steht es in **Herbig'sche Seife** ist
 90% reiner Seife. Für Hautreinigung ist **Herbig'sche Seife**
 das Beste. In allen Apotheken, Drogerien u. Parfüm-

Gewerkschaftsbewegung.

Der Reichsarbeitsminister vermittelt im Lohnkonflikt der Eisenbahner.

Die am Tarifvertrag beteiligten Eisenbahnerorganisationen haben sich am Donnerstag vormittag an den Reichsarbeitsminister gewandt, um eine Vermittlung in dem Konflikt wegen der Lohnfrage zu erreichen. Angesichts der Lage hat der Reichsarbeitsminister die Einleitung eines Schiedsverfahrens in die Wege geleitet. Auf Grund dieses Schrittes beim Reichsarbeitsminister haben im Laufe des gestrigen Tages in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsbahn-Gesellschaft und der Eisenbahner-Gewerkschaften stattgefunden, die zu einer vorläufigen Verständigung über die Regelung der Arbeitszeit führten. Der Schiedsbericht über die Lohnforderungen dürfte am Sonnabend zusammen mit dem Abkommen über die Arbeitszeitfrage vorliegen.

Die Metallarbeiter auch in der Provinz ausgesperrt.

Der Verband Schlesischer Metallindustrieller hat gestern in Erweiterung des ursprünglich nur für Breslau gefaßten Aussperrungsbeschlusses und als Antwort auf die nur zu berechnigten Teilkreis, die Entlassung der gesamten Belegschaften verfügt. Von der Aussperrung werden in Schlesien etwa 24 000 Arbeiter betroffen.

Der Verband Schlesischer Metallindustrieller veröffentlicht in der süddeutschen Presse eine lange Erklärung, darin der Versuch unternommen wird, den Gewerkschaften die Verantwortung für den Ausbruch dieses Kampfes aufzubürden. Das wird ihm nicht gelingen.

Inzwischen hat der Reichsarbeitsminister vermittelnd in den Konflikt eingegriffen und die Parteien für heute vormittag zum Zwecke der Verhandlungen in das Arbeitsministerium geladen.

Wie hoch ist die Zahl der Arbeitslosen?

Es ist bekannt, daß die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger und der Ausgesteuerten, welche von der Krisenfürsorge unterliegt werden, nicht die ganze Masse der Arbeitslosen umfassen. Ende Februar 1927 waren bei den Arbeitsnachweiser ein Viertel mehr Arbeitssuchende gemeldet als Hauptunterstützungsempfänger und Ausgesteuerte zusammengenommen. In diesem Zeitpunkt waren 2 424 611 Personen als Arbeitssuchende angemeldet, dagegen waren nur 1 843 181 an den beiden Arten der Unterstützung beteiligt. Um den Unterschied zu erklären, muß man zunächst diejenigen Arbeitssuchenden, die noch in Stellung sind und jene, die Arbeit gefunden haben, aber beim Arbeitsnachweis noch nicht abgemeldet sind, in Abzug bringen. Doch können für diese Gruppen höchstens zehn bis zwölf Prozent von der Zahl der Arbeitssuchenden abgezogen werden. Der verbleibende Rest erklärt sich einmal dadurch, daß arbeitslose Frauen, die sonst als Zuschlagsempfänger in Frage kamen, sich vielfach nicht zum Bezug der Hauptunterstützung anmelden, des Weiteren aber dadurch, daß bei vielen Arbeitslosen die Voraussetzungen einer Arbeitslosenunterstützung noch nicht vorhanden sind. Dies sind zum Teil Angehörige, welche bei beginnender Arbeitslosigkeit noch keine Erwerbslosenunterstützung erhalten. Sie sind zwar arbeitslos und arbeitssuchend, rufen aber nicht in die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ein. Seit Beginn des Jahres 1927 wird in der Arbeitsnachweisstatistik die berufliche Gliederung der in der Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge hauptunterstützten Erwerbslosen berücksichtigt. Ende Februar waren unter den 1 834 183 Unterstügten 16,23 Prozent Metallarbeiter, 11,36 Prozent Bauarbeiter, 5,19 Prozent kaufmännische Angestellte, 4,46 Prozent Holzarbeiter, 4,41 Prozent Transportarbeiter, 4,35 Prozent Bekleidungsarbeiter, 2,75 Prozent Landarbeiter. Der Prozentsatz der Landarbeiter war deshalb so gering, weil die Saisonarbeiter und Industriearbeiter, die gelegentlich Landarbeit leisten, in einer Sondergruppe, in der für „Lohnarbeit wechselnder Art“, auf welche 34,39 Prozent der Hauptunterstützungsempfänger entfallen, geführt werden.

Standalbes Arbeitszeitgutachten für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Das Gutachten der Untersuchungskommission zur Prüfung der Arbeitszeitfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, dessen Fertigstellung wir bereits gemeldet haben, ist ein sozialreaktionäres Monstrum. Die Kommission schlägt vor: In allen Betrieben, in denen bisher die zwölfstündige Anwesenheitspflicht herrschte, die elfstündige einzuführen, worin mindestens 1 1/2 Stunden Pause eingeschlossen sein müssen. Für die Tiefbaue, in denen bisher die 8- bzw. 8 1/2stündige Arbeitsweise gilt, kann die Kommission leider zurzeit eine Schlichtverlängerung nicht als wirtschaftlich tragbar bezeichnen.

Ein Schrei der Empörung — das ist die Antwort der mitteldeutschen Bergarbeiter auf dieses Gutachten. Bis Ende 1926 sollen die geradezu unerhörten Arbeitszeitverhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau verewigt werden. Die Arbeitszeitflaverie aus dem Jahre 1923 soll weiterbestehen.

In den nächsten Tagen findet eine Arbeitssitzung der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter über die Frage Zwölf- oder Achtfachstündigkeit statt. Ministerium, Kommission und Arbeitgeber dürfen sich darauf gefaßt machen, daß auch die mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter ebenso wie die übrige Arbeiterchaft das Wort Grahmanns im Reichstag bei der Aussprache über das Arbeitszeitgesetz wahrnehmen werden: was Brutalität der Arbeitgeber, Engstirnigkeit der Gutachter und Verblendung der Reichsregierung verweigern, das wird sich die Arbeiterchaft in der Arbeitszeitfrage mit geballter Faust holen.

Schiedspruch für die Kölner Hafenarbeiter.

Für die Kölner Hafenarbeiter wurde durch Schiedspruch der Lohn von wöchentlich 44,20 Mark ab 1. April auf 47 Mark erhöht. Die übrigen Löhne, Ueberstundenätze usw., erhöhen sich proportional im gleichen Verhältnis. Diese Lohnregelung gilt bis 31. Dezember 1927 und kann mit 14tägiger Frist gelündigt werden. Der Spruch wurde vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses allein gefaßt, das heißt, gegen die Stimmen der Arbeitgeber, die überhaupt keine Lohnsteigerung zuließen wollten, und gegen die Stimmen der Arbeitnehmer, denen der Spruch nicht weit genug ging. Erklärungsdrift ist der 26. April. Die Arbeitnehmer nehmen am kommenden Donnerstag Stellung zu dem Schiedspruch. Die Hafenarbeiter von Mannheim-Ludwigshafen haben den vom Schlichtungsausschuss Mannheim gefaßten Schiedspruch wegen der unbefriedigenden Zugeständnisse von 3 Pf. pro Stunde abgelehnt und Arbeitseinstellung gefordert, wenn nicht in den nächsten Tagen eine zufriedenstellende Lösung getroffen wird.

Um das freie Wochenende.

Die Wochenend-Arbeitsgemeinschaft, die sich im Dezember 1926 gebildet hat und der fünf Wochenend-Vereinigungen angehört, hat dieser Tage in einer Versammlung im Berliner ehemaligen Herrenhaus zur Wochenend-Idee nochmals Stellung genommen und mit Nachdruck die Einführung des Wochenendes als Heilmittel gegen Großstadtschäden, als Kapitalanlage für Menschenkraft gefordert. Die am Osterwochenend in den Autohallen auf dem Berliner Messe-gelände beginnende Wochenend-Ausstellung soll der Großstadtbewohner ein Bild über die Möglichkeiten der Wochenend-Idee geben.

Die Gewerkschaften begrüßen die Wochenend-Idee; teilsch nur unter der Voraussetzung, daß die Einführung des Wochenendes keine Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen mit sich bringt. Die gesetzliche Festlegung des Freischlusses vor Sonn- und Feiertagen, spätestens bis 2 Uhr, ist auch eine von den Gewerkschaften für das Arbeitsschutzgesetz bereits angemeldete Jugendforderung.

Wie wäre es übrigens, wenn die maßgebenden Stellen durch die Einstellung der Arbeit am Osterwochenend — der ausfallende Arbeitstag muß natürlich bezahlt werden — einmal die Probe aufs Exempel machen würden? Ein Osterwochenend von vier Tagen! Herr Pfeffer, der Sprecher der Deutschen Volkspartei zum Arbeitszeit-Gesetz, wird sich allerdings vor Verzweiflung die Haare raufen, denn nach seiner Meinung weiß der Arbeiter schon jetzt bei langer Arbeitszeit und ohne Wochenende nicht, was er mit seiner Freizeit anfangen soll.

Der Nienstreit im amerikanischen Bergbau.

Fast 200 000 Bergleute der Weichkohlenregion, die im amerikanischen Bergarbeiterverband organisiert sind, befinden sich wegen der Aufrechterhaltung ihrer Löhne im Streit. Der bisherige vertraglich gesicherte Lohn von 7 1/2 Dollar pro Tag war nur scheinbar hoch, weil die Weichkohlenbergleute infolge der Ueberproduktion in diesem Produktionszweige nur wenige Tage in der Woche arbeiteten, weshalb der Lohn kaum zur Bestreitung

einer bescheidenen Lebenshaltung ausreichte. Wenn die Unternehmer den am 1. April abgelaufenen Tarifvertrag nicht erneuern wollten, so ist daran nicht allein das Profitstreben schuld, sondern auch die Konkurrenz der Unternehmungen, in welchen nichtorganisierte Bergarbeiter beschäftigt sind. In diesen wurden die Löhne bereits vor längerer Zeit auf täglich 5 bzw. 6 Dollar herabgesetzt. Nahezu 60 Prozent der gesamten Weichkohlenproduktion wird von nichtorganisierten Bergleuten gefördert, weshalb die Unternehmer in den Bergwerken mit organisierter Belegschaft die Konkurrenz der nichtorganisierten auspielen können. Die Unternehmer behaupten, 70 Millionen Tonnen Weichkohle auf Lager zu haben, die sie zu den infolge des Streiks erhöhten Preisen verwerten können. Andererseits sind sie aber der Gefahr ausgesetzt, daß sie durch die Konkurrenz der nichtorganisierten Bergwerke verdrängt werden, zumal diese infolge der schon früher herabgesetzten Löhne die Kohle auch billiger liefern können. Die Aussichten des Kampfes sind vorerst noch nicht abzusehen. Soviel steht aber fest, daß er von vornherein mit einem Bleigewicht belastet ist, nämlich durch das Vorhandensein großer Massen von Bergleuten, welche den Weg zur Organisation bisher noch nicht gefunden haben.

Der Streit der Breslauer Steinmehlen ist mit Erfolg beendet.

Im Lohnkampf der südbayerischen Textilindustrie wurde vom Landeslichter folgender Schiedspruch gefaßt: Der Manteltarifvertrag vom Oktober 1925 bleibt mit Wirkung ab 1. April in Kraft. Gleichzeitig werden die Löhne um 7 1/2 Prozent, ab 1. Oktober um 9 1/2 Prozent, erhöht. In Kraft bleibt gleichfalls das halbjährliche Mehrarbeitszeit-Abkommen. Für die 49. bis 54. Arbeitsstunde ist ein Zuschlag von 20 Prozent, ab 1. Juli der gesetzliche Zuschlag auf den Stundenlohn zu bezahlen. Die Erklärungsfrist läuft bis 10. April.

Vor einem Schiedspruch im norwegischen Arbeitskonflikt. Im norwegischen Arbeitskonflikt, der schon länger als einen Monat dauert und rund 15 000 Arbeiter zum Feiern verurteilt hat, steht ein neuer Schiedspruch bevor. Infolge des Niederganges der Lebenshaltungsziffer werden wahrscheinlich den Arbeitern unangenehme Lohnherabsetzungen zugemutet.

Der Geist der Amtsstube.

Das unter dem Druck der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften fertiggestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm hätte ohne Zweifel viel Gutes leisten und den Schrei nach Arbeit und Verdienst befriedigen können, wenn nicht Formalismus und Bürokratismus die möglichen Besserungserwartungen von Anfang an unterbunden hätten. Es ist kaum fahbar, aber Tatsache, daß Kämpfe um die Arbeitsrechte in den einzelnen Ländern die Durchführung dieses Programms gelähmt haben. Für die Durchführung standen 635 Millionen Mark etatsmäßig zur Verfügung, wodurch größere Aufträge durch Reichspost, Reichsbahn und Reichswehr möglich wurden. Meliorationen, Siedlungen, Wohnungs- und Straßenbauten, Kassenkreditation, sowie die verschiedenen Exportversicherungen sollten erhöhte Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Der Kassenkredit und die Exportversicherungen, schließlich auch die verschiedenen Aufträge der Reichspost haben dann auch einigermaßen zufriedenstellende Auswirkungen gezeigt und die Hoffnungen nicht enttäuscht. Auf allen anderen Gebieten ist aber so gut wie gar nichts erreicht worden.

Die Reichseisenbahngesellschaft, das größte deutsche Unternehmen, hat ihre erheblichen Ueberstunde durch die Verkehrskreditbank der privaten Spekulation zugeführt. Sie machte also Spekulationsgeschäfte, anstatt die vorhandenen Mittel für die Instandhaltung ihrer Betriebsanlagen zu verwenden oder die Verkehrsstarke herabzusetzen. 200 Millionen Mark hat die Reichsregierung der Reichsbahn als Kredit zu einer gesteigerten Durchführung der Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung gestellt. Leider sind auch diese Mittel nicht verbraucht worden. So hatte man zur Fertigstellung liegende Bahnen 53 Millionen Mark abgewiegt. Davon wurden aber bis Mitte Februar 1927 nur rund 6 Millionen Mark verbraucht, trotzdem in allen Gegenden Deutschlands Klagen über schlechte Eisenbahnerverbindungen laut werden. Auch sind angefangene Bauten dem Verfall ausgesetzt, so daß erhebliche Teile der Vernichtung anheimfallen und Millionen von Mark nutzlos verloren gehen. Rund 9000 Kilometer Gleis Oberbauarbeiten sind rückständig, aber nur 500 Kilometer sind zusätzlich erneuert worden. Um das Maß voll zu machen, werden diese Arbeiten nicht mehr durch die eigenen Leute der Reichsbahn ausgeführt, sondern diese beauftragt, nachdem sie ihre eigenen Leute entlassen hatte, private Unternehmer damit. Vielfach sind hier die Arbeiter in unerhöht langen Arbeitszeiten bis zu zwölf Stunden täglich, durchgeführt worden, was sicherlich nicht im Interesse einer Entlastung des Arbeitsmarktes liegt. Tausende von Arbeitern könnten ihr Brot erhalten, wenn hier einmal normale Arbeitszeiten durchgeführt würden.

Aber auch auf anderen Gebieten hat sich der Geist der Amtsstuben als Hindernis und Belastung für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms erwiesen. Beim Bau des Neckaraltars sind Ueberstunden bis zu 96 Stunden pro Woche verlangt worden. Man konnte hier eine tägliche Arbeitszeit bis zu 16 Stunden feststellen. Das bedeutet, daß man bei normaler achtstündiger Arbeitszeit die doppelte Belegschaft hätte beschäftigen können. Auch in den Waggonfabriken mußten Ueberstunden geleistet werden, weil die Reichsbahn zu kurze Lieferfristen für ihre Aufträge festlegte. Die Betriebe waren trotz erhöhter Arbeiterzahl und technischer Vernunftkommung nicht in der Lage, die Termine einzuhalten. Ehe die Fabriken die hohen, von der Reichsbahn festgesetzten Konventionalstrafen zahlen, haben sie natürlich zu Ueberstunden gearbeitet. Gegen das Treiben waren auch die Betriebsräte dieser Werke machtlos, da die meisten Belegschaften monatelang verfaßt gearbeitet hatten und die Arbeitszeitverordnung den Unternehmern das Recht zu solchen Ueberstunden gibt. Mühselos hätten durch eine Verständigung zwischen Reichsbahn und den Waggonfabriken die Liefertermine so festgelegt werden können, daß Arbeit auf lange Sicht vorhanden war. Ohne Zweifel hat hier der gute Wille gefehlt.

Auch gegenüber dem Ueberstundenwesen im Bankgewerbe und besonders in der Textilindustrie, wo Ueberstunden von Ueberstunden geleistet worden sind, verhielt sich die Reichsbehörde passiv. Man muß sich immer fragen, weshalb die Aufsichtsbehörde, insbesondere die dafür verantwortlichen Gewerbe-Aufsichtsbekanntem der Länder, hier nicht eingegriffen haben. Wie notwendig hier eine strenge Kontrolle ist, beweist ein Steinbruchunternehmen des Mainrains, das in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit in Deutschland 500 italienische Arbeiter für die Erzeugung von Straßenbaumaterial anforderte. Es zeigt so recht die Einstellung des deutschen Unternehmertums zum Arbeitsbeschaffungsprogramm und zu der Not der Erwerbslosen. Sie entspricht der Passivität der Behörden.

Auch beim Bau von Landarbeiterwohnungen sind die verfügbaren 60 Millionen Mark nicht im erwarteten Maße verwendet worden, trotz Gewährung unrentierlicher Darlehen bis zu zwei Drittel der Baukosten. Die Agrarier lehnen einfach ab und für die freien Landarbeiter sind leider keine Mittel aus-geworfen worden. So gern die Landarbeiter die Werts-

wohnungen meiden, werden sie durch diese Regelung gezwungen, dieselben zu benutzen. Hier ist unbedingt eine Ueber-rückung der Verwendungsbedingungen notwendig, damit durch Steuerung der Wohnungsnote auf dem Lande auch für entsprechende Arbeitsgelegenheit gesorgt werden kann. Man hat allerdings die Zahl der Wanderarbeiter (Polen) von 130 000 auf 100 000 im Jahre 1927 herabgesetzt. Was nicht aber diese Herabsetzung, wenn der erheblich größere Teil dieser Wanderarbeiter nicht nur in der Saison, sondern auch im Winter beschäftigt wird. Das geschieht zu einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit in landwirtschaftlichen Bezirken stark ansteigt. Auch die vom Reich gewährten Zinsverbilligungen bei Straßenbauten sind ohne Wirkung auf den Arbeitsmarkt geblieben. Diese Zinsverbilligung bezog sich nämlich nur auf Zinsverbilligungen der Kreise und Provinzen. Viele aber machten davon keinen Gebrauch, weil sie sich nicht über ihren Etat hinaus belasten wollten. Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt müssen von der Reichsregierung neue Mittel zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Aber es sind auch alle Hemmnisse zu beseitigen, damit sich die Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt auswirken. Dazu gehört vor allen Dingen die strikte Durchführung des Achtundtages. Wir verlangen Schutz der deutschen Arbeitskraft und betonen das Recht jedes Deutschen auf Arbeit. Die Erwerbslosen fordern nicht Unterstützung, sondern Arbeit!

Weshalb will die Regierung die Roggenzölle nicht aufheben?

Angesichts der bevorstehenden Eröffnung der inländischen Roggenvorräte wäre die zollfreie Einfuhr von Roggen eine Selbstverständlichkeit, da das Weiterbestehen der Zölle in diesem Fall nur eine reine Kassesteuer darstellt, ohne den Landwirten zugute zu kommen. Die Bürgerblockregierung will aber Agrarzölle grundsätzlich nicht fallen lassen und lehnte daher den Antrag der Sozialdemokratischen Partei ab. Man hat durch die falsche Annahme eines unterdurchschnittlichen Selbstverbrauchs der Landwirte zu beweisen gesucht, daß noch genügend Vorräte im Lande vorhanden seien, eine Behauptung, die die Tatsachen in kurzer Zeit Lügen strafte. Im handelspolitischen Ausschuss wurde aber noch als wichtiges Argument ins Feld geführt, daß man nicht auf der einen Seite zollfreie Roggen einlassen kann, während auf der anderen Seite das Reich auf Grund des bestehenden Einfuhrschutzes Ausfuhrprämien bei erfolgter Roggenausfuhr zahlen müsse. Der Widerspruch, der hierin liegt, und der auch die Möglichkeit in sich schließt, daß trotz bestehenden Roggenmangels Roggen aus dem Lande wieder ausgeführt werden würde, könnte freilich behoben werden, wenn man für die Ueber-gangszeit bis zur neuen Ernte nicht nur auf den Roggenzoll, sondern auch auf die Einfuhrschutze bei der Roggenausfuhr verzichtete würde. Die Aufhebung der Begünstigung auf Grund der Einfuhrschutze liegt aber der Bürgerblockregierung noch ferner als die vorläufige Auserkennung der Zölle.

Auch die Trusts sollen unter Kontrolle gestellt werden.

Das Urteil des Kartellgerichts gegen das Eisenmonopol, welches die von diesem Monopol verhängte Sperre gegen eine Händlerrfirma aufhob, gibt zu mannigfaltigen Erörterungen Anlaß. Allgemein wird angenommen, daß man mit dem Verbot nichts erreichen wird, weil das Eisenkartell durch den eigenen Werksbetrieb des Eisenhandels fest in der Hand hält. Auch der bekannte Kartellgerichtspräsident Dr. Uehring ist der Meinung, daß das Kartell nicht arm an Auswegen ist und schon die Wege finden wird, um Erschütterungen seines Machtgebäudes vorzu-beugen. Er sieht die Bedeutung des vorliegenden Urteils in der Feststellung, daß die gegenwärtige Organisation der eisenschaffenden Industrie einem Monopol gleichkommt und daß der Staat nicht ohne Hand dazwischen kommen, ein solches Monopol in der Erweiterung seiner Macht zu fördern. Dr. Uehring erblickt den großen Mangel der Gesetzgebung darin, daß gegenwärtig nur gegen Kartelle, nicht aber gegen Trusts vorgegangen werden kann. Das Fehlen einer entsprechenden Kontrolle der Trusts ist bereits für die heutige, erst recht aber für die kommende Organisationsentwicklung ein sehr bedenklicher Mangel. Dieser Auffassung muß nachdrücklich zugestimmt werden, allerdings mit der Ergänzung, daß heute auch die Kartellkontrolle völlig un-wirksam ist, weil dazu sowohl die organisatorischen Einrichtungen fehlen, wie die Befugnisse des Kartellamts nicht ausreichen. Die Erweiterung der Kartellkontrolle durch eine Kontrolle der Trusts kann daher nur einen Erfolg versprechen, wenn sie auf eine neue Grundlage gestellt wird.

Die Zeit für Anträge auf Barabblung von Reichsanleihen-Kleinbeträgen ist, wie amtlich mitgeteilt wird, bis zum 30. April verlängert worden. Barabblung kommt in Frage für Ueber-entleihen im Betrage von weniger als 1000 Mark, wenn im Jahre 1926 das Einkommen weniger als 17 000 Mark betragen hat.

Vorsicht!



Palmin nur echt in Paketen mit der Aufschrift „Palmin“ und dem Namenszug Dr. Schinck

Es gibt viele Nachahmungen!

Verlangen Sie daher nur

Palmin

das reine Cocos Speisefett
zum Kochen, Braten und Backen

Alleinige Hersteller: H. Schinck & Co. A.G. Hamburg

GS Herrenstoffe
Georg Senger
Nikolaistr. 12, Ecke Büttnerstr.
empfiehlt u. a.
Große Posten Fabrikreste
Gediegene Anzug- und Mantelstoffe
in apartesten, modernsten
Mustern von
3.75
per Meter an
Gewissenhafte, fachkundige Beratung u. Bedienung!

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 3

Lebensmittel-Großhandlung Max Schönfelder

Zur Osterbäckerei und für den Festbedarf biete ich heute als ganz besonders vorteilhaft an:

- Weizenmehl 000 das Pfd. 0.22
- Kaiser-Auszugmehl, lose . das Pfd. 0.28
- Kaiser-Auszugmehl, lose
5 Pfd.-Beutel 1.60, 10 Pfd.-Beutel 3.15
- Kartoffelmehl, allerbestes, das Pfd. 0.35
- Koffin das Pfd. 0.60 u. 0.80
- Sultaninen das Pfd. 1.00 u. 1.20
- Sultaninen, allerbeste Goldauslese
das Pfd. 1.40
- Korinthen, beste das Pfd. 0.68
- Mandeln, süß das Pfd. 2.40
- Mandeln, süß, Nierenmandeln, Pfd. 2.60
- Mandeln, bitter das Pfd. 2.60
- Saisungkerne das Pfd. 1.60
- Zitronat, hell, prima . . . das Pfd. 1.60
- Orangeat das Pfd. 1.20
- Kolossfett in 500 g.-Tafeln, das Pfd. 0.60
- Rindertalg, allerbestes, frisches
das Pfd. 0.58
- Prima amerik. Schweinefett
das Pfd. M. 0.74
- Margarine, fabrikmäßig Ware
1 Pfd.-Wärstel 0.55, 0.60, 0.68, 0.75 bis 1.00
- Reiner Bienenhonig
erstklassige Qualität
1 Pfd.-Glas 1.50, 1/2 Pfd.-Glas 0.80

Volle Anerkennung wird mir allseitig über den bei mir zum Verkauf gestellten **ungarischen Rückenpied** ausgesprochen. Troßdem die Preise für diese erstklassige Ware bedeutend gestiegen sind, verkaufe ich zunächst unverändert weiter:

1 a ungarischen Rückenpied, Delikatessware, frisch aus dem Rauch
das Pfd. M. 1.10

Von **Wurstwaren** nenne ich folgende Sorten als besonders preiswert:

- Leberwurst mit Fettstücken p. Pfd. 0.70
- Preßwurst p. Pfd. 0.80
- Landleberwurst p. Pfd. 1.20
- Thüringer Rotwurst, Fleischwurst p. Pfd. 1.20

Ferner die **Echte Rügenwalder Leberwurst** in ganzen Würsten das Pfund 1.70 im Querschnitt 1.80

Spezialität: **Rochjama** das Pfund 1.70

1 a Dauer-Salami . . . das Pfund 1.70

Cervelat und Blut-Wurst das Pfund 2.00 bis 2.80

Schlesischen Baurkäse
kann ich inzwischen 80 Zentner verkaufsreif zur Abgabe bereit halten.
Das Pfund kostet 35 Pf., 3 Pfd. 1.00 M.

Ich bin überzeugt, mit diesem Käse auch ungeheilte Anerkennung zu ernten. Alle anderen Käsearten in reicher Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Kaffee-Kaffee.
Meine Preise sind längst für rückläufigen Preisbildung angepasst, besonders aber möchte ich auch hier für mich in Anspruch nehmen, daß ich mit meinen Kaffee-Preisen auch in der Hochkonjunktur unverändert billig durchgehalten habe, was allseitig dankbar anerkannt wurde.

Meine unübertroffenen Spezial-Mischungen sind:

- Del-Mischung per Pfd. 4.00
- Karlsbader Mischung per Pfd. 3.50
- à la Café Rupp, Karlsbad per Pfd. 3.20
- Wiener Mischung per Pfd. 3.20
- Schönfelders Spezial-Mischung per Pfd. 2.80
- Seebräuer Mischung per Pfd. 2.40
- Bols-Mischung per Pfd. 2.20

Verwand überdies!
Verlangen Sie meine Preisliste!

Die große Mode!

Seidene Mäntel schwarz, in effektvollsten Mustergeweben, mit neuem Marietta-Kragen 26⁰⁰

Rips-Frühlingskleider 20⁰⁰
entzückend in Formen und Farben

M. Berger Nachfolger
Oblauer Straße 80 7277
Damen-Mäntel-Fabrik *Eigene Fabrikation großen Umfanges.*

Für Straße und Wanderung!



Der 5teilige Sportanzug
Sportjackette, Weste, Knickerbocker, lange Hose, Mütze, 39.50 42.- 46.- 54.- 62.- 66.- 72.- 82.-

Marengo-Paletots
32.- 38.- 44.- 54.- 64.-

Riegel-Mäntel
24.- 28.- 38.- 48.- 58.- 82.-

Cover-Coats
78.- 85.- 42.- 48.- 58.-

*in großer Auswahl
Eigene Anfertigung, daher sehr preiswert*

Oskar Dehmel
Breslau, Neumarkt 45

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch Pfd. 0.25 u. 0.30	1.20
Schmalzschmelz	1.20
Rindfleisch ohne Knochen	0.70 u. 0.80
Suppenfleisch	0.70-1.20
Kalbsteck	1.30-1.35
Rindfleisch ohne Knochen	1.20
Rindfleisch	1.00-1.10
Gespöck Fleisch	0.70 u. 0.80
Gespöck	0.50
Schmalz	0.50
Schmalzschmelz	0.50
fr. Speck Pfd. 1.20, Langspeck	0.90
Leber- und Frankfurter Pfd. 0.20	0.30
Frankfurter, Marinade u. Mettwurst	0.30
Kochschinken Pfd. 0.70, Poltscho	0.60
R. Aufschnitt	0.40

*und alle anderen Fleisch- und Wurstwaren
empfehlen zu billigsten Preisen*

Adolf Weiß, Moltkestraße 13.

Sabreöder

7168

Teilschlüssels

wichtige Abholung
Erstteile = Reparaturen
Georg Greulich
Hauptstr. 52.

Druderei Volkswacht

7219
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Hauptstr. 46



**Blütenweiße
duftige Wäsche
mit
Bienenseife
Excellent!**

60 S

General-Vertreter: H. Hartmann Breslau, Rosenthalerstraße 16
Tel. Ohle 5998.

Warnung!

Wollen Sie achten, guten Cichorien?
Dann beachten Sie bitte, daß die Pakete
Aecht **Scheuers** Doppel-Ritter-Cichorien
mit dem „S“ im Hufeisen
versiegelt sind.

„Scheuer-Cichorien — Euer Cichorien“
Stammfabrik gegründet 1812

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Kommen Sie
unser reichhaltiges Lager in
Möbel
aller Art beschägen

Teilzahlung nach Vereinbarung!
Allbrechtstr. 39, I. Etage
Gesellschaft f. einf. Wohnungseinrichtungen, Breslau
u. b. H.

Für die Frauen

Marie Antoinette.

Nachstehend veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung der Verlagsfirma eine Charakteristik der bekanntesten französischen Königin aus dem Laufe dieses Monats erscheinenden Buche „Glanz und Elend berühmter Frauen“ von Franz Blei. (Erst Rowohlt Verlag, Berlin; Preis geheftet 6 Mark, in Ganzleinen 10,50 Mark.)

Als Frau Geoffrin, die brave Bourgeoise mit dem noblen Tic, auf der Reise zu ihrem polnischen König in der Wiener Hofburg Station machte, da schob ihr die Kaiserin die zehnjährige Maria Antonia in die Arme: „Nehmen Sie sie mit! Nehmen Sie sie mit!“ Fünf Jahre später, im April des Jahres 1770, nahm den durch Prokuration dem achtzehnjährigen Dauphin vermählten Badfisch der französische Geschäftsträger mit in den Glanz und das Elend ihres Schicksals. Damit war das letzte und wichtigste Feld im Spiele der politischen Sicherungen, wie es die große Mutter von zehn lebenden Kindern mit dem politisch überhöhten Einflusse ihrer Kinder trieb, befehl. Und ohne Ermüden mahnt und sorgt sich nun die Mutter, daß die im Innersten ihres Herzens vielleicht frevelhaft gefühlten Opfer sich rechtfertigen durch den guten Dienst, den ihre Töchter leisten dem Manne als unterworfenen Gattin, dem Staatswohl durch kluges Verhalten, dem Volke durch gutes Beispiel eines tugendhaften, gutgefalligen Lebens.

Es muß Maria Theresia nicht leicht gewesen sein, Frau Pompadour mit „Liebe Cousine“ anzureden. Und schwer rang es sich aus ihrem Herzen, verständlich der Tochter zu raten, Frau Dubarry nicht zu brüskieren, wie es der von den Schwestern des Königs herabende Badfisch am liebsten täte, aus Uebermut, nicht aus Selbstgefühl. Vielleicht hat es die Kaiserin als die ihr von Gott zugewiesene Aufgabe betrachtet, die Tradition der bourbonischen Könige, Nebenfrauen zu haben, zu brechen. Die Briefe an die Tochter, die ihr Gott als das Mittel gab, diese Aufgabe zu lösen, sind immer wiederkehrende Mahnungen, sich dem Manne unentbehrlich zu machen, indem man dem König nicht dreinredet. Nichts zu sein als Gattin und Mutter von möglichst vielen Kindern, rät die Mama in Wien, etwas alimodisch, wie die Kinder finden, zumal Marie Antoinette, die unbesorgt in den Tag hineinzuleben scheint, für kleinen Klatsch mehr übrig hat als für die immer wieder erinnerte ernste Lektüre, es lächerlich findet, daß Mama ein Aufhebens macht von einem Umband, das zweihunderttausend Liores gekostet hat, oder vom Reiten im Herrensitz oder von einer 36 Zoll hohen Frisur. Die sorgende Mutter wird auf wieweise, das den französischen Teut unterbricht, grantig genannt.

„Ihre Schönheit“, schreibt ihr da die Kaiserin, „ist tatsächlich nicht so bemerkenswert. Ihre Talente und Kenntnisse — Sie wissen recht gut, daß das alles nicht existiert.“ Was sie besitzt, ist Charisma, Lebhaftigkeit, Witz, Herzengüte. Das sei alles ganz gut, aber damit allein komme man nicht durch im Leben. Sie möge sich doch auch mit ernsten Dingen beschäftigen. Aber sie sei faul und neugierig und affektiert. Glauben Sie mir, der Franzose wird Sie höher schätzen und Sie mehr in Betracht ziehen, wenn er in Ihnen deutsche Solidität und Aufrichtigkeit findet. Schämten Sie sich dessen nicht bis zur Linkheit, eine Deutsche zu sein.“

Die Kaiserin fürchtete für das Frauenschicksal ihrer Tochter: wie üblich von einer Mätresse verdrängt zu werden in das stille Martyrium eines Lebens zwischen Kloster und Grust. Das zu vermeiden, hatte man sie ergötzen zu Anmut, Güte und auch zur Leichtfertigkeit, denn leichten Sinn verlangte eine in die Elogen verlorene Nation von der Frau, wenn sie deren Tugenden hinnehmen sollte. Wendete sich aber das Schicksal der Gattin gegen ihre Tochter, dann war auch der politische Wert des französischen Bundesgenossen für Oesterreich verloren und das Opfer vergeblich gewesen. So sind die Briefe der Kaiserin an Marie Antoinette eine Traktat über die Pflichten einer Königin vor einem sublimen Machiavellismus, dem der Reichtum, und das Kind war eine bessere Schülerin, als die Lehrerin glaubte. Sie verstand es, ihre Jugend und ihre Naivität bewußt in ihren Plan zu stellen, wenn sie älteste Oberhofmeisterinnen durch ihre Unbekümmertheit um das Zeremoniell zur Verzweiflung brachte, in Bauernkleid und Schürze durch Säle und Terrassen lief, den Erstbesten um den Arm hat. Die achtzehnjährige hatte begriffen, daß sie, um die flehentliche Mätresse zu sein, wie sie legitime Gattin und Königin war, zunächst die Etikette brechen und das Vergnügen vermissen mußte. Sie bediente sich der Waffen ihrer Gegner, die den ermüdeten Sultanan den Gürtel lockerer gemacht hatten. Sie versuchte es, die Tugend so liebenswürdig zu machen wie das Lakter, gefeiert vor diesem durch ihre Unschuld. Sie gewann als Frau. Sie verlor als Königin, was mit solchem Mittel nicht mehr zu gewinnen war: Krone, Reich und Leben.

Sie hatte alle Welt gegen sich. Die Puritaner der Etikette zunächst. Ja, sogar die Royalisten: das erste Pamphlet gegen die Oesterreicherin hat Champey geschrieben. Aber vor allem alle Duharrs des Hofes und der Stadt, die Rasse der Mätressen und ihrer Vermisler und alles, was von einer Mätresse lebte. Das sah die Gesellschaft, daß hier die Herrschaft einer bleiben sollte: die sie nicht usurpierte und erhob sich erschreckt, verzweifelt und einer Wit verbunden, voll Grausamkeit und Verbitte, wie sie nur Frauen erfinden, die daszepter verlieren. Und im Schrei der Eritoteusen, die den Kopf der Königin verlangten, wirkt diese Feindschaft noch sinnlos weiter, auf Trägerinnen dieses Hasses vererbt, die nicht wußten, warum sie haßten.

Frauenkleidung und Mode.

Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß die Frauenkleidung bis ins 20. Jahrhundert hinein durch den Mann bestimmt worden sei, und daß die Frau in ihrer Kleidung entweder die aufdringliche Weiblichkeit, den geschmückten Liebling oder die puritanische Verschlossenheit verkörpert habe. Für jeden dieser drei Typen haben wir in der Geschichte stark ausgeprägte Zeitalter. Immer war die Frau dann gewissermaßen angezogen vom Manne bzw. im Hinblick auf ihn als Geschlechtsweibchen oder als gönnender und gewährender Herr. Die Naturvölker zeigen diese geschlechtliche Richtung in ihrem Haarornat. Das ist ganz natürlich, weil sich bei ihnen sonst wenig Möglichkeiten bietet, bei der ohnehin beschränkten Kleidung die Reize des Frauenkörpers besonders betont zu zeigen. Tätowierung, Bemalung und Haarbehandlung sind in diesem Sinne eingestellt. Die Frau des primitiven Volkes will durch den Schmutz als solchen auf sich aufmerksam machen, die zivilisierte Frau durch die Art, wie sie ihn trägt. Anders ist es bei den Völkern, die vielfach geschlechtliche Motive mit rein praktischen vereinen, und bei denen sich Harmlosigkeit und beginnende Weiblichkeit paaren. Das stark verbreitete Nieder und die Aufspolierung der Röcke gehören mit hierher. Nicht selten spricht auch das materielle Moment eine Rolle. Die Sinnlichkeit wirkt vor allem durch die Entschiedenheit, andererseits aber auch wieder durch die Verhüllung und die aufdringliche Betonung einzelner Körperteile. Wenn diese Wirkung auch der Einzelperson vielleicht garnicht mehr zum Bewußtsein kommt, sobald die Mode sich eine neue Form geschaffen hat, so sind solche Momente doch für den Ursprung der Mode in vielen Seiten ausschlaggebend gewesen.

Auf die Zweckmäßigkeit der Frauenkleidung ist es der Mode bei weitem nicht immer angekommen. Vielleicht war das am meisten noch im Altertum der Fall, als beistellende die

Gleichnissen, die zum Weikamp und Sport gingen, ein ganz kurzes, hembartiges Gewand trugen, das man bei vielen Statuetten heute noch sehen kann. Auch in der Renaissance und in der Zeit der französischen Revolution herrschte das Streben nach Zweckmäßigkeit der Frauenkleidung. Gesunde Weite und harmonische Zusammenwirkung in Stoff- und Farbenverteilung bestimmten das Kleid. Zwischen diesen beiden Perioden aber war wieder eine Zeit der regellosen Willkür. Als dann die Revolution die Bande löst, geht auch die Frauenmode ihre eigenen neuen Wege. Gleichgültige Stoffe hüllen, den Körperformen folgend, in weitem Faltenwurf den Körper ein, aber sie deuten mehr an, als sie verhüllen. Sie sind so durchsichtig, wie es das Textilgewerbe damals nur eben ermöglichen konnte. Die Weiblichkeit bemächtigt sich der Mode; die Unterkleidung schwindet fast ganz und der Halsausschnitt wird so tief, daß Werveissen und Nymphen, wie man diese Frauen nannte, auch auf den Straßen die freie Brust zeigten, ganz abgesehen von den fast durchsichtigen Kleidern. Zehnringe, Fuß- und Armbänder lenken das Auge auf Körperteile, die sonst nicht so leicht gesehen werden. Man kommt dem Ursprung primitiver Sitten näher. Die öffentlichen Bälle werden beliebt, und der Verlust der Anziehung auf das andere Geschlecht wird hier fast öffentliche Angelegenheit.

Wald aber zwingen die Klimatischen Verhältnisse, diese beinahe schleierhafte Kleidung wieder aufzugeben. Die Gesundheit der Frauen leidet in dem immerhin verhältnismäßig rauhen Klima sehr, wie ja auch heute die Herz- und Frauenkrankheiten auf die Dünne der Frauenkleider und die mangelhafte Unterkleidung schieben. Aber drei wesentliche Ausdrucksmöglich-

Martha.

Von Uda Negri.

Des Schmerzes herbe Stöße trug sie stumm,
Am Weibstuhl aufrecht sitzend, weiß wie Wand,
Nach Arbeitsfluß im Nordwind ist sie heimgesamt,
Und auf des Hauses Schwelle sank sie um.

Sie stöhnte rastlos — als sein bleich Gesicht
Der Morgen hob, stieß die unselige Frau,
Wie wundes Tier aufheulend wild und rauh,
Den toten Engel vorwärts an das Licht.

Man nahm den Kleinen Leichnam — grub ihn ein,
Den Mutteraugen fern — und alle schwiegen.
Sie blieb drei Tage auf dem Kissen liegen,
Das Antlitz unbewegt, gefügt von Stein.

Den vierten Tag — noch sang sein mildes Stück
Der Wind von Nord — erhob die Bleiche sich,
Der alles Blut aus ihrem Leibe wich —

... So kehrte an den Weibstuhl sie zurück.

(Deutsch von Henri Lehmann.)

leiten aufbringlicher Geschlechtlichkeit retten sich zunächst doch aus der erzwungenen Umstellung: der tiefe Halsausschnitt, der Einzelheiten entblößt, der Reißrod, der Einzelheiten verblüßt, und das Korsett, das Einzelheiten betont. Was man auch im einzelnen zu der Mode, die so gekennzeichnet ist, sagen mag, immer ist sie von dem Motiv bestimmt, Körperformen aufs eindringlichste zu betonen. Es handelt sich bei diesen Feststellungen gar nicht darum, den Sittensichter zu spielen, sondern vielmehr gewisse Grundsätze zu betonen, also Motiven einheitlicher Art nachzugehen, die in der Geschichte der Frauenkleidung immer die gleichen geblieben sind. Freilich darf nicht vergessen werden, daß das Prinzip der Schönheit des Frauenkörpers ein anderes ist als beim Manneskörper. Vielleicht spielt das individuell bei der Gestaltung der einzelnen Frauenkleidung die Hauptrolle, wenn auch unbewußt. Sicher dürfte für den Beobachter nur sein, daß die prinzipielle Betonung gewisser Körperformen bei den meisten Frauen nicht bewußt geschieht. Aber ebenso sicher ist es, daß im Laufe der Entwicklung auch die schönste Mode hat weichen müssen, wenn sie der Gesundheit Schaden zufügt. Beim Manne in seiner immer konservativen Kleidung ist die Anpassung an die falsche Witterung viel prinzipieller als bei der Frau, und selbst das Gigerl- und Stütkorn macht hier keine Ausnahme.

Wie die weitere Entwicklung der Frauenkleidung noch sein wird, ist heute nicht abzusehen. Reißrod und enger Rod haben sich mehrfach „gewechselt“, so daß die Wiederkehr einer längst überwunden geglaubten Mode nicht ganz ausgeschlossen erscheint. Immerhin lassen doch manche Anzeichen wie das hoffentlich endgültige Verschwinden des Korsetts und der freie Hals anstelle der hochgeschlossenen Bluse mit Stehragen darauf schließen, daß hygienische Momente die Frauenmode künftig maßgebender beeinflussen werden. Man hat berechnet, daß in der Zeit der aufgebrauchten Krinolinen die Frauen Deutschlands in einem Jahrzehnt nicht weniger als 900 000 Zentner Eisen an sich getragen haben. Ein Interesse an der Wiedereinführung des Reißrods könnte also höchstens die Eisenindustrie haben.

Geburtenkontrolle in England.

Unter dem Druck der Zeitverhältnisse findet endlich auch in England, wo die landesübliche Frömmigkeit und Brüderlichkeit bisher jeder bewußten Gestaltung des sexuellen Lebens feindlich gegenüberstand, das Schlagwort von Birth Control (Geburtenregelung) immer größeren Widerhall. Die Mittelständlichen wenden sich in der Praxis zunehmend diesem Gedanken zu, wenn auch vorläufig unter dem Einfluß der alten Moral die durchschnittliche Kinderzahl größer ist als bei uns. Den Arbeiterfrauen sucht man von Staatswegen vorläufig immer noch Hindernisse in den Weg zu legen, indem an den öffentlichen Mütterberatungsstellen die Verzüge keine Auskunft über Verhütungsmittel erteilen dürfen. Die Arbeiterpartei hat bereits vor drei Jahren durch ein Memorandum eine Verringerung dieses Zustandes versucht. Am der gegenwärtigen Not abzuhelfen, haben sozial empfindende Kreise private Kliniken gegründet, in denen Frauen entsprechend beraten werden. Dabei hat man häufig rechtzeitig chronische Frauenleiden erwidert, die sonst den Frauen zu spät bewußt geworden wären. Eine starke Stütze findet die Birth-Control-Bewegung in der englischen Wissenschaft, die auf Grund eingehender Untersuchungen zur Förderung einer Stabilität der Bevölkerung gekommen ist und darlegt, daß England an einer weiteren Volksvermehrung kein Interesse hat. Das ausschlaggebende Moment aber ist im liberalen englischen Empfinden das entwickelte Gefühl für die Freiheit des Individuums und das Recht der Frau auf den eigenen Körper. Dieses Prinzip verleiht der Geburtenkontrollbewegung für die nahe Zukunft, trotz der harten entgegenstehenden ethischen Denkmäler, einen Sieg auf der ganzen Linie.

Hauswirtschaftliche Beratungsstellen.

Die Aufgaben der Frau wachsen von Tag zu Tag. Seitdem die Frau auch bei der Beschaffung mitarbeiten kann, hat sie die Pflicht, sich auch um die Politik zu kümmern, damit sie selbständig erkennen und beurteilen lernt, welche Maßnahmen für den sozialen Organismus von Nutzen sind oder zum Schaden dienen. Weil überdies die Frau jetzt doch fast die gleichen Berufspflichten wie der Mann zu erfüllen hat, bleibt ihr zur Ausübung ihrer Mütter- und Hausfrauenpflichten immer weniger Zeit. Namentlich für diejenigen Mädchen, die sogleich nach der Schulentlassung in eine Berufsarbeit gegangen sind, war es kaum möglich, etwas Ordentliches in der Führung des Haushalts zu lernen.

Da aber zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens durch die Hände der Hausfrauen gehen, ist es nicht nur zweckmäßig, sondern auch notwendig, daß dieser große Anteil des Volkseinkommens so gut wie nur irgend möglich verausgabt und ausgenutzt wird, und zwar nicht nur im Interesse der einzelnen Familie, sondern auch des ganzen Volkes. Darum ist es sehr zu begrüßen, daß die „Zentrale für Hauswirtschaftswissenschaft“, eine Abteilung der 1924 in Berlin gegründeten „Academie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“, mit der sehr beachtenswerten Anregung an die Öffentlichkeit getreten ist, in Stadt und Land öffentliche hauswirtschaftliche Beratungsstellen, nach dem Muster der Mütterberatungsstellen, zum Zwecke einer geordneten Hauswirtschaftsberatung einzurichten. Die vorhandenen Einrichtungen und Ausbildungsmöglichkeiten — Haushaltungsschulen und Fortbildungsschulen, praktische Arbeit im eigenen und fremden Haushalt — reichen nicht aus, um den erhöhten Anforderungen rationaler Haushaltsführungen gerecht zu werden.

Das Ziel der hauswirtschaftlichen Beratungsstellen muß sein: „Beeinflussung, Regelung und Rationalisierung des Konsums in jeder Haushaltung nach Maßgabe der verfügbaren Mittel“. Die Tätigkeit der Beratungsstellen soll sich also auf Auskunft und Anleitung in allen Fragen des Einzelhaushalts erstrecken. Nach den Vorschlägen der Zentrale ist die folgende Gliederung vorgesehen:

1. Beratung in Ernährungsfragen, verbunden mit praktischen Kochvorführungen, Berechnungen, Propaganda für einheimische Nahrungsmittel;
2. Beratung in der Technik der verschiedenen Hausarbeiten;
3. Beratung in Fragen der Haushaltsführung;
4. Vermittlung und Organisation von Vorträgen, Kursen, Verteilung von Lehrfilmen, Flugblättern usw.

Da die Beratungsstellen dem öffentlichen Interesse dienen, sollen sie auch öffentlichen Charakter haben. Ihre Organisation wird sich immer nach den örtlichen Verhältnissen richten. Darum ist es notwendig, daß unsere Genossinnen in Stadt und Land sich rechtzeitig um die Organisation dieser Beratungsstellen kümmern, damit diese Stellen ein solches Aussehen erhalten, daß die Arbeiterfrau ohne Furcht und Scheu nach dieser Beratungsstelle gehen kann und dort wirklich zweckmäßige und fruchtbare Beratung in ihren hauswirtschaftlichen Nöten findet. Namentlich diejenigen Genossinnen, die in den Gemeindevertretungen sind und die Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt können dabei viel mithelfen, damit nicht wieder die bürgerlichen Frauenverbände oder die „evangelischen“ Frauenarbeitskreise diese Beratungsstellen ganz nach ihrem Geschmack aufziehen. Diese hauswirtschaftlichen Beratungsstellen sind Einrichtungen, die vor allen Dingen der müden, abgekehrten Arbeiterfrau ratend zur Seite stehen sollen, damit sie lernt, wie sie durch planvolle Hauswirtschaft Zeit und Kraft spart.

Friedel Schneider.

Die neue Hutmode schadet den Augen.

Die für die Mode maßgebenden Londoner Firmen haben dekretiert, daß die Damen in der kommenden Saison Hüte tragen sollen, die Augenbrauen und Augen freilassen. Die Folgen dieser neuen Mode werden nach den Ausführungen eines Londoner Augenarztes die sein, daß die Damen mit neubildenden Hüten zum Tragen von Augengläsern genötigt sein werden. „In diesen Fällen“, so erklärte der Arzt dem Berichterstatter eines Londoner Blattes, „stört die gegenwärtige Hutmode die Sicht eines der beiden Augen. Die Hutträgerinnen sind deshalb, wenn sie nach oben sehen müssen, zu einer gezwungenen Kopfhaltung genötigt. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß diese Hutmode das Gute hat, die Augen vor dem grellen Licht zu schützen. Die neue Mode aber, die man jetzt einführen will, entbehrt dieses Vorteils, und die Damen, die ihr Gefolgschaft leisten, werden die unangenehme Seite bald kennen lernen, wenn erst die Sonne ihre volle Kraft erlangt haben wird. Sie werden das um so eher empfinden, als ihre Augen bisher durch den Hut beschattet wurden. Sollte die neue Hutmode wirklich populär werden, so wird sich eine große Zahl von Damen in die Notlage verwickelt sehen, zu farbigen Schutzbrillen ihre Zuflucht zu nehmen, um die gefährlichen „Krähensfüße“ zu vermeiden, deren Auftreten dadurch begünstigt wird, daß die Hutträgerinnen genötigt sind, die Augenlider herabzulassen, um sich gegen das grelle Licht, dem sie schutzlos preisgegeben sind, zu schützen.“

„Die Frau unserer Zeit“

ist der Titel einer Ausstellung, die augenblicklich von den Vereinen für Mittelstandsjorge in den Ausstellungsräumen am Zoo in Berlin veranstaltet wird. Sie unterscheidet sich wenig von den üblichen großen Ausstellungen dieser Art, auf denen Hausgerät, Küchengeräte, Wäsche, eleganteste Frauenkleidung neben einfach praktischen Wirtschaftsgegenständen stehen. Besonders ist die Schau der schimmernden Seiten und ihre Zusammenstellung mit erotischen Gewächsen unter feinsten Berücksichtigung der Farbennuancen noch reich und betraulich. Aber was diese Ausstellung bedeutend macht, ist die Frauenfunkausstellung, eine nicht mehr umfangreiche, aber erlebte Auswahl von Frauenporträts, die von Frauen gemalt sind. Gleich an der schmalen Seitenwand am Eingang hängen zwei Porträts von Käthe Kollwitz, das eine von ihr selbst, das andere von Hedwig Reich gezeichnet, ganz verschieden in Ausdruck und Auffassung. Es ist reizvoll, zu vergleichen, wie viel stärker und männlicher die Weiblichkeit der Künstlerin sich im Selbstporträt ausdrückt. Auch eine Büste von Käthe Kollwitz von der Bildhauerin Winifreda Mann ist da. Hier scheint jedoch der große Zug zu fehlen, die freie Unbekümmertheit und das starke Sich-Einsetzen, das sich in den Zügen der Käthe Kollwitz ausdrückt. Als Malerin zeichnet Frau Winifreda Mann zwei Schwarzweiß-Frauenköpfe, die sehr stark in der malerischen Wirkung und doch fast plastisch gesehen. An der anderen Seitenwand sind sehr bewegte Charaktere der jungen Künstlerin P. Richter, ein Porträt von Hedwig Wagnel, ein ausdrucksvoller Akt u. a. m. Julie Wolfhorst, die die ganze Ausstellung zusammengestellt hat, ist mit glänzenden Arbeiten vertreten. Das Beste von ihr, eine mit reifer Arbeit, ist das große Porträt von Ida Dehmel, der zweiten Frau des Dichters. Auch die Schriftstellerinnen Anselma Helwig und Gabriele Reuter finden wir im Bild wieder. Ausgegeben ist eine Zeichnung von der jung verstorbenen Ann Schwesinger, die Marie von Olfers darstellt. Thea Schenkens stellt Ellen Key ganz expressiv dar, fast als malerische Gestalt dar. Die Malerin von Europa, aber auch ganz moderne Frauenkörper kann man auf der Schau betrachten.

Aus Schlesien.

Ein billiges Verurteilen.

Bor dem Bezirksmilitärgericht in Krakau fand gestern der Heberfall zweier Offiziere auf die Redaktion der Katowitzer „Gazeta robotnicza“ seine Erledigung. Bekanntlich wurde letzterzeit der Redakteur Slawik mit der Keilspitze bearbeitet und einer Pistole bedroht. Nur durch das Eingreifen des Abgeordneten Blenskiwicz wurde Schlimmeres verhindert. Die Angeklagten, Leutnant und Przejemski, wurden nach kurzer Verhandlung mit 50 bzw. 40 Zwojn Geldstrafe belegt.

Militärgerichte sind überall gleich, ob sie in Polen, ehemals in Deutschland, in Frankreich oder sonstwo tagen. Bei ihnen überwiegt das Ständebewußtsein mit ihnen zugehörigen angeklagten Offizier ganz selbstverständlich alle anderen, vor allem das Gefühl für staatsbürgerliche Freiheiten. Das Krakauer Urteil nimmt daher nicht wunder.

Lutskas Nachfolger in der Gemischten Kommission.

Zum Nachfolger von Bürgermeister Dr. Lutskas in der Gemischten Kommission wird der Direktor der Hohenloheischen Güterverwaltung, von Hufen, früher stellvertretender Landrat in Koblenz, ernannt werden, der sich bereits zur Erledigung der letzten Formalitäten zur Ernennung in Berlin beim Auswärtigen Amt befindet.

Dels. 300 000 Mark für Wohnungsbauten. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer letzten Sitzung zur Fortsetzung des Wohnungsbauprogramms die Aufnahme einer weiteren Bauanleihe im Betrage von 300 000 Mark. Mit der ersten Anleihe in derselben Höhe konnten bis jetzt zusammen mit Hauszinssteuermitteln fast 70 Wohnungen geschaffen werden. Ferner wurden Mittel zur Einrichtung eines Schulkinos in der Turn- und Festhalle bewilligt. Der Erziehung eines Wohnhauses mit drei Wohnungen für Gemeinbedarfer wurde zugestimmt und hierzu ein Betrag von 32 000 Mark bewilligt.

Waldenburg. Ein Ruf für 50 Mark. Ruffen ist zwar keine Sünde, wenn man dem alten Liebesglauben darf, aber es kann unter Umständen teuer werden. Das mußte auch ein Mühlenpächter aus Dittmannsdorf hiesigen Kreises erfahren, der sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen fälschlicher Beleidigung eines jungen Mädchens zu verantworten hatte. Er hatte das Mädchen, das zu ihm ins Geschäft kam, kurzerhand in die Arme genommen und getüftelt. Da das Mädchen wegen fälschlicher Beleidigung Anzeige erstattete, verurteilte ihn nun das Schöffengericht zu 50 Mk. Geldstrafe.

Striegau. Beurteilung eines Sexualverbrechens. Wegen fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen stand der Mühlenbesitzer Gustav Klein aus Pilschen, Kreis Striegau, vor dem Schweidnitzer Schöffengericht. Er hatte sich seit fast zwei Jahren an seiner Stieftochter, die jetzt erst vierzehn

**„Delita“
„Der Fluss zum Meer“
der große Kuffenfilm und Auf amerikanischem Jagdpfad
wie die Ufa-Wochenplan
laufen heute Freitag, nachm. 5 und abends 8 Uhr, letztmalig in dem
Gewerkshaus-Lichtspielen.**

Auftreten des Original ind. Foght und Tempeljägers Khany Kassra.
Erwerbslose, Streifende und Invaliden mit Ausweis haben bis 1/2 Uhr für 2 Personen nur 25 Pf. zu zahlen.
Unter 18 Jahren kein Zutritt. Erwachsene 50 Pf.
6801 Arbeiter-Sportkartell e. V.

Jahre alt ist, manchmal alle zwei Tage und wo es immer war, im Hause, in der Scheune auf dem Felde, vergangen. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Hindenburg. 795 000 Mark für ein Notstandsprogramm bewilligte am Dienstag die Stadtverordnetenversammlung von Hindenburg. Der Betrag soll hauptsächlich zum Straßenausbau in der Altstadt, Verlegung von Rohrleitungen für Wasser, Gas und Kanalisation verwendet werden, die von Notstandsarbeitern auszuführen sind.

Kattowig. Kulkos abgelagt. In einer Versammlung lehte die sogenannte Kulkopartei, der „Verband zum Schutze der Oberschlesier“, ihren Begründer und bisherigen Führer ab. Der Verband, dem hauptsächlich abgebaute und unzufriedene ober-schlesische Beamte angehören, will ins nationalpolnische Fahrwasser einlenken und hofft, dadurch bessere Unterhaltungen für seine Mitglieder zu erhalten.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bezirksleitung Breslau (Land) Neumarkt.

Veranstaltungen in der Woche vom 6.—17. April.
Sonnabend, den 9. April:
Ortsverein Grob-Rochern, abends 7 1/2 Uhr, bei Streiter: Außerordentliche Monatsversammlung. Infolge der wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt Pflicht eines jeden einzelnen Kameraden, zu erscheinen. Ein Mitglied des Gauvorstandes ist anwesend.
Ortsverein Carlswitz, abends 7 1/2 Uhr, bei Kaufe: Monatsversammlung. Den Kameraden von Scholtwitz wird es besonders zur Pflicht gemacht, daran teilzunehmen. Anschließend Kameradschaftsabend. Frauen haben ab 9 Uhr Zutritt.
Sonntag, den 10. April:
Ortsverein Hermannsdorf, vormittags 10 Uhr, bei Gasse in Hermannsdorf: Monatsversammlung.
Sonnabend, den 16. April:
Ortsverein Hermannsdorf, abends 8 Uhr, bei Maslos: Monatsversammlung.
Sonntag, den 17. April:
Ortsverein Hermannsdorf, 1. Osterfeiertag, abends 7 Uhr, bei Gasse in Hermannsdorf: Großer Theaterabend. Alle Kameraden haben daran teilzu-

nehmen. Auch sind alle Republikaner von Hermannsdorf sowie Umgebung zu diesem Abend herzlich willkommen.
Die Kameraden werden ersucht, an den von ihren Ortsgruppen festgesetzten Monatsversammlungen pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsgruppenführer haben dafür zu sorgen, daß jeder einzelne Kamerad einer republikanischen Partei angehöre.
Der Bezirks- und Kreisleiter.

Profan. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Freitag, den 8. April, abends 7 30 Uhr, bei Adler: Monatsversammlung. Alles hat zu erscheinen. Sehr wichtig. Frei Heil! Klein-Mochern, Raubmord. Die zweiundsechzigjährige Kiergutsbesitzerwitwe W. Schlung in Klein-Mochern bei Breslau wurde in der Nacht zum Donnerstag in ihrer Wohnung ermordet. — Der Raubmörder hatte nach der Tat alle Schränke erbrochen und durchwühlt. Die Geldkiste war einst wohlhabend, hat ihr Vermögen aber in der Inflation verloren.

Roberswiz. Filmvorführung. Der Turnverein Roberswiz, Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, ist durch günstigen Zufall in der Lage, am Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. April d. Js. den Großfilm „Freies Volk“ zur Vorführung zu bringen. Da dieser Film, der sonst nur in Großstädten gezeigt werden kann, ausnahmsweise in unserer kleinen Gemeinde vorgeführt wird, wird Massenbesuch erwartet. Leider ist der Film für die Jugend verboten. Der Verein bittet, daß alle Republikaner von Roberswiz und Umgebung das Unternehmen unterstützen. Als Beiprogramm läuft ein Lustspiel in 2 Akten: „Jad als Keger“. Der Eintrittspreis ist sehr gering. Er beträgt nur 50 Pf. Erwerbslose zahlen Sonnabends gegen Vorzeigung der Ausweiskarte nur 30 Pf. Alles auf nach Roberswiz!

Neumarkt. Zu Kufführung! Zu dem am vergangenen Dienstag am hiesigen Orte vorgeführten Feuerbestattungsfilm hatte sich eine größere Besucherzahl eingefunden. Zweck der Veranstaltung war, auch in Neumarkt weitere Mitglieder zu werben. Für die werktätige Bevölkerung kommt diese Organisation nicht in Frage. In Kürze wird ein Vortrag vom Verein der Freiberger für Feuerbestattung e. V. stattfinden. Es ist rasam, mit dem Beitritt zu dem einen oder anderen Feuerbestattungsverein äußerst zurückhaltend zu sein. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Neumarkt. Eine Ortsauschüßung findet am Sonnabend, den 9. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Blauer Stern“ statt. Die reichhaltige Tagesordnung sollte es allen Funktionären örtlicher Gewerkschaftsbewegung zur Pflicht machen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Gewerkschaftsmitglieder können als Gäste an der Sitzung teilnehmen.

— Betrifft Raiffeier. Anschließend an die Ortsauschüßung wird die Aufstellung des Raiffeier-Programms vorgenommen. Die Vorstände von Ortsauschüß, Partei, Reichsbanner, Kraftsportverein, Orchesterverein müssen unbedingt vertreten sein. Wer verhindert ist, muß Ersatzmann stellen.

— Sozialdemokratische Partei. Unsere Mitgliederversammlung findet Sonnabend, den 23. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Gelben Löwen“ statt.
— Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen. Die fällige Mitgliederversammlung wird nicht am Sonntag, den 10. April, sondern am Karfreitag, den 15. April, abgehalten.

Sonntag von 1/2 bis 6 Uhr geöffnet!

Meine billigen Oster-Angebote!



Modernes Pullover-Rock in schönen Dessins 7.90	Kasak-Mieder mit breiter Bordüre, in allen Farben 14.50	Festestes Mieder mit reicher Stückerlei 19.50	Fransen-Mieder bis Größe 52 extra weiter Rock 24.50	Aparies Mieder mit Sattel, reich pliss. u. Seidenbd. 29.50	Hoch-Mieder m. frh. Crêpe de Chine, Weste und Manschett. 39.50	Früherer Mantel in gebogen Karos 14.50	Leckerer Mantel auf beiden Seiten zu tragen 19.50	Barbury-Mantel in all. Farben 24.50	Eleganter Hosen-Mantel mit Pilssee 24.50	Seiden-Mantel sehr mod. 45.00 35.00	Überm. ganz e. Futt. in 21. Ausführungen 59.00 39.50	Winterr. in 21. Ausführungen 14.50 12.50 Falt. Rock 4.90	Modernes Umkleid. mit Karier, Aufschlag, u. Kar. Rock 19.50	Festest Kostüm Herrenstoff auf Kunstseide 24.50	Barbury-Kostüm Sport-Fasson 35.00	Aparies Kostüm in 1a Qual. 79.00 59.00	Festest Sport-Lacke imprägniert 12.50
--	---	---	---	--	--	--	---	---	--	---	--	---	---	---	---	--	---

Wachtplatz

Am 6. April 1927, nachmittags 3 1/4 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein heißgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Großvater, der pensionierte Materialienverwalter

Balduin Gerhardt
im Alter von 71 Jahren.

Dies zeigt in tiefer Trauer schmerz erfüllt an

Anna Gerhardt
geb. Hildebrandt
nebst Kindern, Schwiegersohn und Enkelkindern.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt.

Nach langer Krankheit verstarb gestern der **Kassenangestellte I. R. Herr Balduin Gerhardt** im 72. Lebensjahre.

Durch Fleiß und unermüdete Pflichttreue hat sich der Verstorbene volles Vertrauen und Achtung bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern erworben. Sein Andenken wird ihm dauernd bewahrt bleiben.

Breslau, den 7. April 1927.

Der Vorstand und die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.

Enorm billige Osterangebote!

Größte Leistungsfähigkeit, da eigene Anfertigung.

Herren-Anzüge dauerh. Stoffe, in vielen Farben, guter Sitz. Nur **15.50** Mk.
Hammg.- u. Gabardine-Anzüge in den neuesten Mustern, gute Paßform, auf Rohhaar gearbeitet. . . . von **22** an
Sport-Anzüge aus Kordstoffen. . . . nur **23.00** Mk.
Knaben-Anzüge aus festen Stoffen, nur aus Kordstoff, doppeltes Gesäß. . . . nur **4.75** Mk.
Breeches-Hosen nur **5.80** Mk.
Frühjahrs- und Gummi-Mäntel, Windjacken fabrikalt billig **7.90**

Spezialität: Maßanfertigung.
Größes Stofflager
Tud- und Maßgeschäft **Chelmowitz**
Nur Sadowastraße 4, 3. Etage
3 Minuten vom Hauptbahnhof.
Keine Ladenspeisen.
Sonntag geöffnet!

Am 6. April verstarb die Ehefrau des Straßenbahnführers in Reibsdorf **Frau Marie Kasper** im Alter von 74 Jahren.

Ein ehrentes Andenken bewahren ihr

Genossen
Eure Familienangehörigen der **Volkswehr**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, nach dem Leichenhaus-Friedhof, vom Trauerhause, Goltzstraße 15.

Arbeiter-Samariter-Bund, e. V.
Koloana Breslau.

Sonntag, den 12. April
findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses anlässlich der Abschlußprüfung der Anbildungskurse ein **geselliges Beisammensein** verbunden mit Konzert u. Tanz statt, wozu alle Freunde u. Anhänger d. idealen Bewegung innerhalb Breslaus herzlichst eingeladen sind. Einlaß 5 Uhr. Eintrittspreis (einschl. Tanz) 0.75 Mk.

„Frauenwelt“
Eine Halbjahreschrift für die Frau des schaffenden Volkes.
Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsverlegern.

Volkswehr
Modernes Antiquariat
Breslau, 1. u. 2. Etage

Hut-Haus Hanke
Inh.: Johannes Tzanzer
Friedrich-Wilhelm-Straße 23
Frühjahrs-Neuheiten 1927
in Filz-, Strohh-, Klapp- und Seidenhüten
Mützen * Filz- und Seidenhütchenerei

Wichtig!
Getragene Herren-Anzüge von 8.50 Mk.
sowie neue Herren-Anzüge von 16.00 Mk. an
finden Sie in größter Auswahl bei
D. Juliusburger
Kupferstraße 31, gegründet 1877